Freitag, 8. Januar 1926. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 65. Jahrgang. Nr. 5.

Erschein an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty bei der Geschäftsstelle 3.50 in den Ausgabestellen 3.70 durch Zeitungsboten 3.80 durch die Post .... 3.50 ausschl. Postgebühren, ins Ausland 6 Goldmark bei täglicher Versendung und 5 Goldmark bei 2 mal wöchentlicher Versendung.

Fernsprecher: 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Lage im Neuen Jahr.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Als wir gegen Anfang Dezember eine Betrachtung über den Złoty an dieser Stelle niederschrieben, haben wir darauf hingewiesen, daß die Senkung des Złoty eine Erniedrigung der Gestehungskosten herbeiführen und auf diese Weise zur Verbesserung der Ausfuhrmöglichkeiten beitragen könne. Diese Voraussage hat sich für Oberschlesien bewahrheitet. Vor allem ist es der Kohlenexport, der von dieser Konstellation profitierte, und so sind im Monat Dezember nicht weniger wie 200 000 Tonnen Kohle allein über Danzig exportiert worden. Über den Hafen von Gdingen sind nach den Mitteilungen des Handelsministers im Dezember immerhin 16 000 Tonnen gegangen, was zwar nur einen geringen Prozentsatz der Danziger Umschläge darstellt, aber immerhin einen starken Zuwachs der Inanspruchnahme des neuen polnischen Hafens bedeutet. Außer den Kohlengruben sind es vor allem die Röhrenwerke, die Zinkhütten usw., die von den niedrigeren Produktionskosten Nutzen gezogen haben. Wir haben es also hier mit einer regelrechten Inflationsblüte zu tun, die so lange anhalten wird, bis die einheimischen Preise für den Lebensunterhalt sich dem Stande des Złoty angepaßt haben werden. Es sind nun allerdings von der Regierung allerhand Maßregeln geplant, um dieser Steigerung der Preise entgegenzuwirken, aber die Erfahrung hat doch gelehrt, wie schwer es ist, solchen Preiserhöhungen Einhalt zu tun. Leider aber wird durch diese Ausfuhr der Zufluß an fremden Zahlungsmitteln, an Devisen, nicht gebessert. Es zeigt sich nämlich immer deutlicher, daß es den Exporteuren gelingt, bald in größerem, bald in kleinerem Umfang die für ausgeführte Waren erhaltenen Devisen im Ausland zu belassen.

In gewissen Fällen, d. h. dann, wenn diese ausführende Industrie ihre Rohstoffe im Ausland kaufen muß (Erze, Baumwolle, Wolle usw.), und also auch mit fremden Devisen bezahlen muß, kann man es ihr nicht verübeln, wenn sie sich die hierzu nötigen Summen im Ausland als Reserve hinlegt, zumal die Devisenbeschaffung im Inland schwer und umständlich ist. Es findet aber auch nebenbei eine regelrechte und durch keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeiten zu rechtfertigende regelrechte Kapitalflucht ins Ausland statt, die dem polnischen Wirtschaftskörper schwere Wunden schlägt. Wir haben früher berechnet, daß sich logischerweise gegen Ende Januar die seit Oktober günstige Handelsbilanz im Zufluß der Devisenüberschüsse bemerkbar machen werde. Anläßlich der weitgehenden Kapitalflucht müssen wir leider diese Meinung revidieren. Da die Devisen in großem Umfange im Ausland bleiben, so muß man sich darauf gefaßt machen, daß auch in den ersten Monaten des neuen Jahres eine Besserung in den Devisenbeständen der Bank Polski nicht zu erwarten ist.

Die Anleihe, die die Rettung bringen soll, dürfte noch Monate auf sich warten lassen, da zunächst einmal, als Grundlage zur Beurteilung der Situation, der Bericht des amerikanischen Sachverständigen, Prof. Kemmerer, abgewartet werden muß. Hilton Young hat im Jahre 1923 nicht weniger als drei Monate zur Fertigstellung seines genau ausgearbeiteten Berichtes nötig gehabt. Es ist gerade jetzt interessant, daran zu erinnern, daß Hilton Young sich eine bleibende Gesundung der Wirtschafts- und Finanzlage nur dann versprach, wenn Polen sich bereit erkläre, die Hilfe mehrerer englischer „Berater" in den verschiedenen Zweigen der Finanzverwaltung zuzulassen. Die Hilfe dieser „Berater" wurde damals von Polen abgelehnt. Heute ist man im Ausland deutlicher geworden, und statt dem vorsichtigen Ausdruck „Berater" wird das deutlichere Wort „Kontrollbeamte" angewandt. Man wird also einmal abwarten müssen, in welcher Form Prof. Kemmerer seinen Bericht kleidet, und ob Polen geneigt ist, sich dieser Form anzupassen oder nicht. Vorläufig wird — wenigstens öffentlich — alles mit Entschiedenheit abgelehnt, was einer Kontrolle ähnlich sieht.

Somit ist zunächst kein Zeichen einer Besserung der Lage in Aussicht. Die Devisenverschuldung der „Bank Polski" ist in den letzten Wochen von 14 Millionen auf 18 Millionen gewachsen. Die Deckungsverhältnisse für den Złoty haben sich also, wenn auch nur wenig, verschlechtert. Der Złoty hat sich dennoch auf seiner Werthöhe von etwas über 8 Złoty für den Dollar gehalten. Aber man darf nicht vergessen, daß große Złotybeträge für die Weihnachtsankäufe und für die Deckung der in Złoty laufenden Verbindlichkeiten für den Jahresschluß benötigt worden sind, daß also in weitem Maße Złoty gegen Dollars eingewechselt werden mußten. Auch jetzt noch ist die Nachfrage nach Dollar gering, sobald sie aber zu steigen beginnt, muß sich dies im Kursstand des Dollar zeigen. Immerhin kann nach dem heutigen Deckungsverhältnis der Bank Polski eine oberste Grenze von 12 Złoty für den Dollar als äußerstes Maximum gelten. Also nach wie vor ist ein Grund zu einer Złotypanik, trotz der ungünstigen Lage, nicht gegeben.

Diese ungünstige Lage zeigt sich auch in dem nunmehr vorliegenden Abschluß der Budgetrechnung für den Monat November. Die Einnahmen sind mit rund 126 Millionen um etwa 20 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Ausgaben jedoch haben mit 167 Millionen den Voranschlag um 22 Millionen übertroffen. Es ist somit ein Defizit von 41 Millionen im Monat November entstanden, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die beiden letzten Monate des Jahres stets die erträgnisreichsten waren, und im Jahre 1924 z. B. nicht wenig dazu beigetragen haben, um die Budgetlage zu verbessern. Das Defizit ist vor allem der verminderten Steuerkraft zuzuschreiben, die um 15 Millionen hinter dem Voranschlag zurückblieb. Wie sehr die Zahlungsfähigkeit nachgelassen hat, erweist der Umstand, daß selbst die Bank Polski nunmehr etwa 10 Prozent ihrer dreimal gesiebten und auf Güte geprüften Wechsel in Protest gehen sieht, während doch in früheren Monaten kaum 2 Prozent der Wechsel der Bank Polski protestiert wurden, während damals schon in Polen die Gemeinde der Wechselprotestanten ins Riesenhafte gewachsen war.

Der Minister für Eisenbahnen hat nun die gegenwärtige Inflationsblüte in Oberschlesien dazu benutzt, um eine Erhöhung der Tarife für Kohle, Holz, Zement usw. durchzuführen. Gerade bei Kohle sind bei den Frachten von 3 und 4 Złoty angefangen, bis zu 11 Złoty (für Transporte nach Italien) zugelegt worden. Die Ausfuhr und ihr günstiges Scheinresultat hat das Defizit der Bahnen namhaft vergrößert, und diesem Übel soll nun wenigstens zum Teil abgeholfen werden. Bei einer Erhöhung der Tarife muß man aber wieder mit einem Herabgehen der Einfuhr rechnen. Wie man also auch die Rechnung macht, man wird eine Besserung nicht herauskalkulieren können, wenn nicht eine Anleihe unter billigen Bedingungen kommt. Und diese ist, wie gesagt, kaum vor einem halben Jahre zu erwarten; es müßte denn gerade ein Wunder geschehen. Aber in Finanzdingen pflegen solche Wunder auszubleiben. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß auch in Deutschland die Wirtschaftslage überaus schwer ist. Aber dort lassen sich wenigstens Ausblicke auf Besserung machen, wenn

Vom Sozialistenkongreß in Warschau.

Deutsche Vertreter. — Politische Aussprachen. — Eine bemerkenswerte Minderheitenrede.

Der Kongreß der P. P. S. (Polnischen Sozialdemokratie) wurde vom 31. Dezember bis 2. Januar in Warschau abgehalten. Er unterscheidet sich in vielen Fragen nicht von den üblichen Kongressen dieser Art. Die Tagesordnung umfaßt zunächst eine politische Aussprache, in der Bedingungen gestellt werden für die politische Linie der Zukunft, die Resolutionen und Beschlüsse legen für eine bestimmte Zeit die politischen Aufgaben fest, und schließlich bespricht man noch verschiedene Organisationsfragen.

In diesem Jahre haben auch reichsdeutsche Vertreter der Sozialisten an dem Kongreß der polnischen Sozialisten teilgenommen. Unter ihnen der bekannte Reichstagsabgeordnete Wels, der auch eine Ansprache hielt. Als Ergebnis des Kongresses ist besonders eine Rede des Sozialisten Abg. Hołówko zu erwähnen, in der er zu den Minderheitenfragen Stellung nimmt. Er führte u. a. aus:

Die Rede des Abg. Hołówko.

Vor sieben Jahren haben wir unter den schwierigsten Bedingungen mit dem Aufbau des Landes begonnen. Mit denjenigen Kreisen, die uns damals auf das heftigste bekämpft haben, sitzen wir heute in der Regierung zusammen. Warum gehen wir heute mit unseren Feinden? Bisher waren wir die einzige Partei, die auf hohem moralischen Niveau stand. Gegenwärtig ist dieses Niveau gesunken, denn wir haben es fertig gebracht, neben einem Kiernik in der Regierung zu sitzen.

Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist unsere Teilnahme an der Regierung ganz unnötig, denn auch ohne uns muß die Regierung das tun, was sie jetzt tut. Wir sind in der Regierung unnötig, denn es schadet unserer Partei, wenn man uns als Aushängeschild für die sonderbaren Finanzoperationen im Auslande, für den Abbau der Angestellten und deren Gehälter mißbraucht. Die Regierung erhöht die Eisenbahngebühren, schenkt dem Großgrundbesitz Millionenbeträge an Steuern, vergrößert die direkten Steuern, und wir . . sitzen in der Regierung und lassen dies alles ruhig geschehen. Genosse Żuławski erklärte, daß wir, sitzend in der Regierung, die soziale Gesetzgebung retten. Dies ist jedoch nicht wahr, denn die Arbeitsstätten sind stillgelegt. Erst wenn wir eine Auslandsanleihe erhalten werden und es uns möglich sein wird, die Industrie in Betrieb zu setzen, wird es einen heißen Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages geben. In diesem Kampfe aber werden wir allein stehen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die nationalen Minderheiten 10 Millionen zählen. Aber was für eine Demokratie ist es, wenn diese Minderheiten von den Verwaltungsbehörden bedrückt und schikaniert werden? Wenn wir die Grenzgebiete erhalten wollen, dann müssen wir unsere ukrainischen, weißrussischen, deutschen und jüdischen Minderheiten anders behandeln. Für mich ist eine demokratische Regierung ein Unding, in der nicht ebenfalls die Weißrussen, Deutschen, Ukrainer und Juden vertreten sind. Der deutsche, jüdische, ukrainische und weißrussische Arbeiter ist uns als Sozialisten hundertmal näher als der polnische Fabrikant und Großgrundbesitzer.

Abschluß des Kongresses.

Über den Abschluß des Kongresses meldet der Berichterstatter der „Deutschen Rundschau" seinem Blatte:

„Der Kongreß fand seinen Abschluß mit der Abstimmung über die eingebrachten Resolutionen. Zunächst wurde über die Anträge, welche die innere politische Situation des Landes betrafen, abgestimmt. Der Antrag, der gegen den Eintritt der P. P. S. in die Regierungskoalition gerichtet war, da er für die Partei eine schwere Situation geschaffen habe, wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen.

In den anderen Resolutionen wurde beschlossen, eine demonstrative Aktion einzuleiten, um der weiteren Erhöhung der Wohnungsmieten entgegenzuwirken, einen Wirtschaftsrat als Beratungskörper beim Sejmklub der P. P. S. ins Leben zu rufen, eine wirklich freie und allgemeine Volksbildung in Polen einzuführen, und danach zu streben, daß ein Handelsvertrag mit Deutschland zustande kommt.

In der Entschließung über die Gründung eines Wirtschaftsrates heißt es u. a., daß die wirtschaftliche Krise in Polen im Zeichen einer besonderen scharfen Spannung stehe, infolge der Fehler sowohl der staatlichen Wirtschaftspolitik als auch der ungeschickten Wirtschaft unseres Industriekapitals. Polens Wirtschaftsleben sei an der Schwelle der Katastrophe stehen geblieben, die Arbeitslosigkeit habe eine noch nie dagewesene Ausdehnung erreicht, und die politische Krise hätte, sofern sie nicht beherrscht worden wäre, selbst den Grundlagen der parlamentarischen Demokratie gefährlich werden können. Unter diesen Bedingungen sei der Eintritt der P. P. S. in die Koalitionsregierung als eine Probe für die Mitarbeit mit anderen Parteien zur Vermeidung einer Katastrophe erfolgt.

Der Kongreß nahm den Eintritt in die Regierungskoalition zur Kenntnis und akzeptierte die eingebrachten Postulate, die als Bedingung für die Teilnahme der P. P. S. an der Regierung zu gelten haben. Das Zentralausführungskomitee und der Parlamentsklub wurden zum Austritt aus der Koalition in dem Falle ermächtigt, daß die anderen Parteien die Durchführung des Parteiprogramms unmöglich machen oder wenn sich die politische Situation ändern sollte. In einer weiteren Resolution heißt es, daß die P. P. S. die Bildung einer Linksmehrheit anstreben und sich aus diesem Grunde für die Auflösung des jetzigen Sejm einsetzen solle.

Nach Beendigung der Beratungen trat der Aufsichtsrat der Partei zusammen, der den Abgeordneten Daszyński zum Präses wiederwählte."

Das Damoklesschwert.

Im „Czas" beschäftigt sich Dr. Hupka in eingehender Weise mit den Ausgaben der drei Ministerien, deren Auflösung in letzter Zeit vielfach in der Presse als notwendig hingestellt worden ist. Es handelt sich um das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und das Agrarreformministerium, deren Auflösungsreife der Verfasser an Hand reichen Zahlenmaterials nachzuweisen sucht. Zunächst geht er auf das Ministerium für öffentliche Arbeiten ein, dessen Haushaltsvoranschlag für das gegenwärtige Jahr ungefähr 17½ Millionen Złoty mehr vorsieht als im Jahre 1924. Die Tätigkeit des Beamtenpersonals der dem Ministerium unterstellten Ämter steht zum größeren Teil nur auf dem Papier. Es würden Pläne ausgearbeitet, deren Nutzen den Kosten durchaus nicht entspreche. Die Leitung der öffentlichen Arbeiten müßte in Zukunft den Wojewodschafts- und Kreisselbstverwaltungen übergeben werden. Beim Innenministerium müsse man ein Departement für öffentliche Arbeiten schaffen zur Kontrolle der Ausführung der Arbeiten durch die Selbstverwaltungen. Das zweite Ministerium, über dem das „Damoklesschwert" schwebt, ist das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium. Hier hätte die zweijährige Arbeit des außerordentlichen Sparkommissars Moskalewski dazu geführt, daß man für dieses Ministerium für das Jahr 1926 um 70 Prozent mehr vorsehe, als es im Jahre 1924 der Fall war. Die Aufhebung dieses am wenigsten nötigen Ministeriums und die Überweisung der sozialen Aufgaben an die Selbstverwaltungen, die die Lasten der Zahlungsfähigkeit der Produktionsunternehmen in ihren Bezirken besser anzupassen und die Verwaltung weit billiger und besser einzurichten verstehen würden, wäre die größte Wohltat. Zur Kontrolle würde ein entsprechendes Departement beim Innenministerium genügen.

Das dritte Ministerium im Bunde sei das Agrarreformministerium, das im Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1926 im Vergleich zum Jahre 1924 mit einer fast doppelten Summe figuriert. Die Aufrechterhaltung des Ministeriums liege bis zu einem gewissen Grade im Interesse einer mächtigen Partei in Polen, so daß schwer an eine recht baldige Auflösung desselben zu glauben sei. Ähnlich stehe es leider mit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, das wieder ein Vorwerk einer anderen mächtigen Partei sei, die ohne das Ministerium und die ihm unterstellten Ämter und Institutionen, namentlich die Krankenkassen, bei den nächsten Wahlen keine Aussichten auf Erfolg hätte. Man könne also nur an die Auflösung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten glauben, das keine ausschließliche Domäne einer der Sejmparteien sei. Bezüglich der beiden anderen Ministerien werde der Sejm die Möglichkeit haben, zu zeigen, ob er wirklich die Vertretung des Volkes oder nur eine Vertretung politischer Parteien ist.

Abbruch der Handelsbeziehungen zu Rußland?

Die in Lodz erscheinende „Freie Presse" weiß zu melden:

„Aus glaubwürdiger Quelle verlautet, daß demnächst der Abbruch der mit Mühe und Not angebahnten Handelsbeziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland bevorstehe. Der Abbruch wird infolge des Konfliktes innerhalb der Sowjetregierung in wirtschaftlichen Angelegenheiten erwartet. Litwinow hat sich dabei äußerst scharf gegen die Bestrebungen Tschitscherins und des Sowjetgesandten in Warschau, Wojkow, zum Zwecke der Anbahnung engerer Handelsbeziehungen mit Polen ausgesprochen. Die sowjetrussische Handelsgesellschaft in Warschau „Wnieschtorg" hat angesichts dessen bereits ihre Bestellungen auf Textilwaren und Metallprodukte bei den polnischen Firmen, insbesondere bei den Lodzer Firmen, zurückgenommen."

man die große Zahl der zu günstigen Bedingungen erhaltenen Anleihen der Privatindustrie überblickt. Die Kaliindustrie erhielt 8 Millionen Pfund zu 7½ Prozent, und die auf England entfallenden 5 Millionen Pfund waren in einer Stunde zwölfmal überzeichnet, und der Kurs von 95 auf 104 gestiegen! Der Blumensteinkonzern erhielt 1 Million Pfund zu 7 Prozent. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 10 Millionen Dollar zu 7½ Prozent. Die Westfälische, Berliner und Hamburger Elektrizitätsunternehmungen Anleihen von 7½ Millionen Dollar, 20 Millionen Schweizer Franken und 4 Millionen Dollar zu 6½—7½ Prozent. Hierzu kommen andere Anleihen, wie die für Giesches Erben, die Städte Berlin, Köln, München und Frankfurt in der Höhe von 5—20 Millionen Dollar zu 7 Prozent, die Reichswerke erhielten 6 Millionen Dollar zu 6 Prozent. Wenn man die Tilgungskosten und das sogenannte Damno (Unterschied zwischen dem Kurs der Ausgabe und dem Kurs, zu dem die Anleihe zurückgenommen werden muß) rechnet, so stellen sich alle diese Anleihen ungefähr zu 8—9½ Prozent, während die amerikanische Anleihe Polens auf etwas über 13 Prozent zu stehen kam. Die billige Art der Geldbeschaffung in Deutschland muß unbedingt schon in kürzester Frist auch ihre vorteilhafte Einwirkung auf die Gestehungskosten haben, was gleichbedeutend ist mit einer Verbesserung der Ausfuhrmöglichkeiten. Wir wissen aus bester Quelle, daß im Sommer von deutscher Seite Angebote vorlagen, die polnische Industrie an den deutschen Krediten teilnehmen zu lassen, wenn ein Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland zustande komme. Der Handelsvertrag ist noch nicht in Sicht. Auf dem soeben stattfindenden sozialistischen Kongreß hat der oberschlesische Delegierte, Biniszkiewicz, geradeheraus gesagt, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland Zehntausenden von arbeitslosen Arbeitern sofort Arbeit geben würde. Man muß also zunächst einmal als Vorbedingung für eine Gesundung der Wirtschaftslage die Aufgabe des gegenwärtigen Widerstandes gegen einige elementare Forderungen verlangen, der von polnischer Seite aus immer noch aus innerpolitischen Empfindungsgründen an den Tag gelegt wird. Dann wird es auf die Dauer nicht möglich sein, an der gleichfalls sozialistischen Forderung vorbeizugehen, die eine namhafte Einschränkung der militärischen Dienstpflicht aus Ersparnisgründen verlangt. Ob bei einer starken Teuerung sich die Zdziechowskischen Budgetersparnisse durchsetzen lassen, ist vorläufig mehr als zweifelhaft. Um so mehr muß man die Ersparnis dort beginnen, wo sie sichtbar möglich ist, nämlich beim Militär. Und außerdem wird man sich hüten müssen, seinen chauvinistischen Passionen freien Lauf zu lassen, wie sie sich namentlich in den Liquidierungsmaßregeln gegen Deutsche in der letzten Zeit wieder Luft gemacht haben. Denn derartige Exkursionen in die politische Leidenschaftlichkeit zerstören das Vertrauen des Auslandes.

Der ungarische Banknotenfälscherskandal.

Neue Verhaftungen. — Aussagen des Prinzen Windischgrätz. — Die Regierung kompromittiert. Ein politischer Hintergrund.

Vor etwa vierzehn Tagen ist man in Budapest einer Gesellschaft auf die Spur gekommen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, falsche Franknoten in den Verkehr zu bringen. Es handelt sich um eine großangelegte Fälschung, in welche hochstehende Persönlichkeiten verwickelt sein sollen. Unter anderem verdächtigt man sogar die Regierung, mit den Fälschern in Verbindung gestanden zu haben. Die Fälschergesellschaft soll aus 45 Personen bestehen. Der Prinz zu Windischgrätz wurde gestern verhaftet, weil er unter dem Verdacht steht, der Chef dieser Fälschergruppe zu sein. Die neuen Meldungen, die in der ganzen europäischen Welt großes Aufsehen erregen, lauten:

In der Angelegenheit der ungarischen Banknotenfälschungen werden heute neue Verhaftungen erwartet. Einer der in Budapest Erhebungen anstellenden französischen Detektive ist nach Mailand abgereist, wo er den Abgeordneten Ulain verhaften lassen will. In Hamburg wurde, wie wir bereits meldeten, auf dem eben eingetroffenen Dampfer „Leo" ein Mann namens Eduard v. Olehvary verhaftet, bei dem über hundert falsche Tausendfranknoten gefunden worden sind. In Budapest soll Baron Siegmund Perenyi, ein einstiger Freund Tiszas, verhaftet worden sein, der in den letzten Jahren zeitweilig eine große politische Rolle spielte. Der Ministerpräsident Bethlen hat sich in einer vertraulichen Auseinandersetzung mit den Parteiführern über die ganze Angelegenheit ausgesprochen und die strengste und schonungsloseste Untersuchung in Aussicht gestellt.

*

Paris, 5. Januar. Im Zusammenhang mit der Affäre der falschen Tausendfrankscheine melden die hiesigen Blätter, daß die Verhaftung des Prinzen Ludwig Windischgrätz und die Beurlaubung des Chefs der ungarischen Staatspolizei Nadossy auf das „energische Einschreiten" des neuen französischen Gesandten in Budapest, Clichant, zurückzuführen sei.

Aussagen des Prinzen Windischgrätz.

Budapest, 6. Januar. Das wichtigste Ereignis in der Frankfälscheraffäre ist ein teilweises Geständnis des Prinzen Windischgrätz, der zugibt, es tatsächlich übernommen zu haben, „im Dienste einer patriotischen Sache die Aktion des Herrn Obersten Jancowicz zu fördern". Die polizeiliche Untersuchung hat mit ziemlicher Sicherheit festgestellt, daß die Gerätschaften für die Fälschung nach dem Schloß des Prinzen Windischgrätz gebracht worden sind, wo sie verborgen sein dürften. Die polizeiliche Untersuchung ist neuen Beteiligten auf der Spur. In der letzten Nacht wurde ein Zinkdrucker verhaftet.

Die Verhaftung.

Die Polizei hat heute mittag den Prinzen Ludwig Windischgrätz, der im Kriege ungarischer Ernährungsminister war, nach einem längeren Verhör verhaftet. Die Spuren in der Frankfälschungsangelegenheit liefen vorwiegend nach Saropatak, dem an Traditionen reichen Schloß der Familie Windischgrätz. Der Kammerdiener des Prinzen, Kaspar Kowacs, mit dessen Paß seinerzeit Exkaiser Karl nach Ungarn zurückgekehrt war und der sich seit 18 Jahren im Dienste des Prinzen befindet, sowie sein Sekretär Raba sind im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit schwer belastet und gleichfalls verhaftet worden. Prinz Windischgrätz befindet sich infolge enormer Spielverluste angeblich in materiellen Schwierigkeiten. Auch andere Personen erscheinen kompromittiert.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist der Name des gewesenen Außenministers Grafen Teleki wiederholt genannt worden. Der Graf wurde auch einem Verhör unterzogen. Es scheint jedoch, daß sich die Verdächtigungen gegen ihn als haltlos erwiesen haben. Die geplante frühere Einberufung der ungarischen Nationalversammlung unterbleibt, weil die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Nationalversammlung soll daher erst am 19. Januar zusammentreten. Der französische Gesandte in Budapest ist nach Paris und der ungarische Gesandte in Paris nach Budapest zur Berichterstattung abgereist.

Graf Albert Apponyi führt öffentlich in einem Leitartikel im „Pesti Naplo" aus, die Frankfälscheraffäre, die gegenwärtig die ungarische Öffentlichkeit und das Ausland beschäftige, sei eine größere Katastrophe für Ungarn als das Hochwasser. Es handle sich um eine sehr ernste, die weltpolitische Lage Ungarns gefährdende Frage; es müsse volle Aufklärung erfolgen.

Es hat ein außerordentlicher Ministerrat stattgefunden. Der im Haag wegen der Banknotenfälschungen verhaftete Oberst Jankowic ist bekanntlich ein Schwager des Honvedministers Csaky. Der Honvedminister hat gestern eine längere Urlaubsreise angetreten, angeblich nach Griechenland. Französische Detektive und Beamte der französischen Nationalbank nehmen an den Untersuchungen der Angelegenheit in Budapest teil und haben sich in der gleichen Angelegenheit auch in Wien aufgehalten. Der neue französische Gesandte in Budapest, Clichant, hatte in der Angelegenheit wiederholte Unterredungen mit den zuständigen Budapester Regierungsfaktoren. Der Landespolizeichef Dr. Emerich Nadossy hat unvermutet Urlaub angetreten. Es heißt, er werde auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren.

Republik Polen.

Beratungen der Ostsektion.

Die Sektion für Ostfragen und nationale Minderheiten beriet am Dienstag unter dem Vorsitz des Premiers Skrzyński. Anwesend waren die Minister Raczkiewicz, Moraczewski, Piechocki und Radwan. Es wurde die Geschäftsordnung und das Arbeitsprogramm festgelegt. Die Kommission hat den Antrag des Innenministers über die Vereinigung der Behörden erster Instanz in den östlichen Wojewodschaften und einen Antrag des Agrarreformministers bezüglich der Durchführung der Agrarreform in den nämlichen Wojewodschaften angenommen.

Umgestaltung des Finanzministeriums.

Auf Wunsch des Finanzministers Zdziechowski hat der Abg. Byrka eine nähere Prüfung der Organisation des Finanzministeriums begonnen. Nach beendigten Prüfungsarbeiten, für die zehn Tage vorgesehen sind, wird die Umgestaltung der Zentrale des Ministeriums erfolgen.

Kein Rücktritt des Direktors Gawroński.

Im Zusammenhang mit den Pressenotizen über einen angeblichen Rücktritt des Direktors des Emigrationsamtes, Herrn Gawroński, gibt das Arbeits- und Wirtschaftsministerium bekannt, daß die Notiz nicht der Wirklichkeit entspricht.

Der neue italienische Gesandte.

Der Abgeordnete Kozicki konferierte am Dienstag mit dem Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten Morawski. Die Unterredung betraf die Abreise des Abgeordneten Kozicki nach Rom zur Übernahme des Gesandtenpostens bei der italienischen Regierung. Das polnische Außenministerium hat dieser Tage von der italienischen Regierung eine Note erhalten, in der die Zustimmung zur Nomination Kozickis gegeben wird.

Arbeitslose.

Am Dienstag hatten sich vor der Arbeitsbörse Arbeitslosenmassen versammelt, in der Hoffnung größeren Bedarfs an Arbeitern für den Magistrat. Als man erfuhr, daß der Magistrat nur einen Bedarf von 30 Mann angemeldet hatte, wollte die Menge, ungefähr 1000 Personen stark, demonstrieren. Auf sofortige Intervention des Regierungskommissariats Warschau ging der Magistrat darauf ein, 250 Arbeiter anzunehmen, indem er zugleich bekannt gab, daß noch in der laufenden Woche 600 bis 800 Arbeiter Beschäftigung finden würden.

Presseball in Warschau.

Der Ministerpräsident Skrzyński empfing am Dienstag eine Delegation des Warschauer Journalistensyndikats, die ihn bat, das Protektorat über den Warschauer Zresseball zu übernehmen. Herr Skrzyński sagte zu mit der Bemerkung, daß es angebracht wäre, einen Teil der Einkünfte aus jeglichen Vergnügungen für die Arbeitslosen bereit zu stellen.

Der Thronverzicht des rumänischen Kronprinzen erzwungen?

Bukarest 5. Januar. Der Adjutant des bisherigen Kronprinzen Karol, Oberst Condescu, hat das Kriegsministerium telegraphisch von seiner Demission in Kenntnis gesetzt und wird weiter als Privatsekretär beim Prinzen verbleiben. Nach Andeutungen der rumänischen Presse rechnete Prinz Karol bereits seit einiger Zeit damit, daß er zum Verzicht auf die Thronfolge gezwungen werden würde, da von faszistischer Seite ein Komplott gegen ihn angezettelt wurde. Weitere Meldungen besagen unzweideutig, daß der Kronprinz zum Verzicht auf die Thronfolge gezwungen worden ist. Er hat sich verpflichtet, während zehn Jahren nicht nach Rumänien zurückzukehren.

Die Meldung, die auch in Deutschland verbreitet wurde, daß der rumänische Exkronprinz sich nach der Schweiz begeben habe, trifft nicht zu. Er soll sich nach wie vor in Mailand aufhalten und den in seinem Hotel sich immer mehr ansammelnden Journalisten jede Auskunft verweigern.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(64. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Bildest Du Dir vielleicht ein, daß ich es je war? Und jetzt — soll ich mich einfach so beiseite schieben lassen? Soll großmütig ein edles Opfer bringen, diesem jungen Ding da meinen Namen, mein Haus, meine Stellung überlassen? Nein, Herbert — ich gebe Dir Deine Frage von vorhin zurück. Schätzest Du mich so gering ein?"

Hochaufgerichtet standen sie einander gegenüber. Mann und Frau, nach einer zwanzigjährigen Ehe. Die Lüge, die sie vom ersten Tage auseinandergehalten, hemmte sie auch jetzt. Gab ihnen nicht die Freiheit, zu sich selbst zurückzukehren.

Heidenberg zerdrückte langsam den Stumpf seiner Zigarette in der Aschenschale und griff nach seinem Hute.

„Dann müssen wir eben kämpfen, Gerda," sagte er. „So sehr Du mich auch verachten magst, das eine wirst Du mir wohl nicht absprechen können: ich habe nie einen Kampf gescheut. Und ich sehe jetzt klar, um was es geht. Nicht um dieses junge Ding, wie Du sie nennst, nicht um die Deutsche Bankgesellschaft, nicht um die großen Pläne, deren Verwirklichung ich mir von Amerika mitbringe — sondern um mich selbst. Ich habe mich einmal verkauft — ein zweites Mal tue ich es nicht mehr."

Sie antwortete nicht. Sie stand neben dem Fauteuil, von dem sie sich eben erhoben hatte, regungslos, ein schönes, kaltes, unbarmherziges Weib.

Heidenberg ging zur Tür und drehte sich noch einmal zu seiner Frau zurück.

„Du glaubst mich vollständig in der Hand zu haben," sagte er. „Du irrst Dich. Es hat einen Mann gegeben, den Du geliebt hast — den Grafen Maurice Valences —"

Sie rührte sich nicht. Nicht eine Miene zuckte in ihrem Gesicht, nur — ihre lange, schmale Hand drückte sich in die Lehne des Fauteuils. Sie wartete.

Der Graf ist vor acht Jahren gestorben. Man hat bei ihm die Korrespondenz gefunden, die Du mit ihm geführt hast. Seine Erben, die augenscheinlich weniger zartfühlend als geldbedürftig waren, boten mir dieses ziemlich umfangreiche Paket an. Ich habe zweimalhunderttausend Franken dafür bezahlt — —"

Ohne ihre Stimme zu erheben, sprach sie:

„Und dennoch hast Du Dich nicht von mir getrennt! Du warst eben noch nicht — oben. Das ist ehrlos — —!"

Bleich wurde er unter diesem Schimpf und machte unwillkürlich einen Schritt auf sie zu. Sie verstummte.

„Ich könnte Dir darauf die Antwort geben, die Dir mein Verhalten erklären würde. Vielleicht findest Du, wenn Du ruhiger darüber nachdenkst, die Antwort selbst," sprach er. „Jetzt will ich Dir nur sagen, daß ich das Paket nicht geöffnet habe. Es liegt noch so versiegelt in meinem Safe, wie ich es bekommen habe. Ist Dir dieses versiegelte Paket meine Freiheit nicht wert?"

„Nein. Tu damit, was Du willst! Oeffne es, lade Dir Deine Freunde ein, lies ihnen die Briefe vor, laß sie in den Zeitungen erscheinen — — diese Briefe, die eine unglückliche Frau geschrieben hat!"

Er legte die Hand an die Klinke der Tür.

„Ueberlege es Dir!" sagte er. „Du hast vier Tage Zeit! Adieu!"

Sie starrte ihm nach, und selbst jetzt, da sie allein mit sich war, veränderte sich ihr Gesicht nicht. Eine Wunde, die noch nicht vernarbt war, riß unter seinen Worten auf und blutete. Doch nach innen, tief in die Seele hinunter ging der Schmerz. Aeußerlich blieb sie kalt, starr, haßerfüllt.

Sie läutete der Zofe.

„Marie," befahl sie, „packen Sie nicht! Wir reisen noch nicht!"

*

Zur selben Stunde fuhr Hannah nach Berlin zurück.

Der Zug war überfüllt, und sie mußte inmitten eng zusammengekeilter Menschen und Koffer auf dem Gang stehen. Todmüde war sie, zum Umsinken. Die wahnsinnige Aufregung der vergangenen Tage — das Wiedersehen heute — —

Und jetzt — jetzt war er bei der Frau! Seiner Frau!

Sie meinte ersticken zu müssen. Ihre Füße trugen sie nicht — —. Mit letzter Kraft schob sie sich durch das Gewühl zur Tür des Wagens. Das Fenster war geöffnet, und sie lehnte sich weit hinaus — —. Der scharfe Luftzug kühlte ihr die Wangen. Ließ sie freier atmen.

So stand sie — — wie lange — sie wußte es nicht.

Ein Gedanke kroch in ihr herauf. Wenn er vor der Frau unterlag? Sie hatte doppelte Gewalt über ihn. Seine einstige Liebe und ihren Aktienbesitz. Wenn diese Liebe doch nicht tot war? Wieder erwachte? Wenn Gerda Heidenberg — — sie war schön — — elegant —! Sie mußte diese Liebe, die bloße Erinnerung daran mehr fürchten als das andere. Die Drohung mit den Aktien — ah — Heidenberg war nicht der Mann, solcher Drohung zu weichen — —!

Aber die Schönheit der Frau! Bilder stiegen vor ihr auf, quälende, mitleidslose Bilder. Die Eifersucht fiel über sie her — — —. Sie krampfte die Hände um den Fensterrahmen — — —. War solche Marter zu ertragen — — —?

Da stand sie vor der Tür —. Oeffnen — —. Sich hinausfallen lassen in das sausende Nichts — —. Ein Unglücksfall, würde man sagen — —. Er wäre frei — —!

Schon tastete sich ihre Hand zitternd nach dem Drücker. Scheu blickte sie zurück. Hinter ihr standen zwei dicke Frauen, die sie vollkommen deckten. Sie achteten ihrer nicht, schwatzten und lachten —

Sie zog den Griff herunter — — langsam — langsam gab die Tür nach — — —. Tief atmete sie auf. Es war ja nur eine Sekunde — — — ein bißchen Schmerz vielleicht — — dann Ruhe vom Kampf — nichts — —

Da — — ein Ruck fuhr in den Zug. Kreischend fielen die Bremsen vor die Räder — — das Tempo wurde langsamer, wurde langsam — — —. Eine Station tauchte auf.

„Wittenberge!" riefen die Kondukteure.

Sie war gerettet.

Aber als sie nach Hause kam, erschraken Mutter und Bruder über ihren Anblick. Ihre Augen glänzten in hohem Frieber, dabei waren ihre Hände eisig kalt — —. Wilder Schüttelfrost packete sie — —

Frau Weyl brachte sie ins Bett, gab ihr heißen Tee und saß bei ihr, bis sie einschlief. Dann schlich sie hinaus ins andere Zimmer, wo Max wartete.

„Nun?" fragte er.

„Ich weiß nicht, Max. Vielleicht ist es nur die Aufregung —. Das arme Kind! Sie muß ja so viel durchmachen!"

Max erwiderte nichts. Aber seine Augen wurden dunkel und hart. Seine Faust ballte sich — — —.

(Fortsetzung folgt.)

Litauen und Rußland.

Die Baltenstaaten. — Das Wilna-Problem. — Tschitscherin in Kowno. — Versuch zu einer neuen Orientierung.

Die „Köln. Ztg." bringt aus Kowno folgende politisch wichtige Betrachtung:

„Bis vor kurzem war es kaum möglich, in der litauischen äußeren Politik eine klare Linie zu erkennen. Infolge des Krieges zu neuer staatlicher Selbständigkeit gelangt, aber außenpolitisch mehr als alle anderen neugegründeten Staaten sogleich belastet durch den Zwist mit Polen Wilnas wegen, neigte Litauen jeweils derjenigen auswärtigen Macht zu, von der es in einer bestimmten politischen Lage Vorteile erhoffte. Auf diese Weise wechselten hier je nachdem deutschland-, frankreich- oder englandfreundliche Strömungen miteinander ab und bestimmten die äußere Politik des Landes. Bestärkt wurde Litauen in dieser schwankenden Politik noch durch die Überschätzung seiner eigenen Bedeutung, indem es die erhöhte Beachtung, die seinerzeit die Randstaaten, und damit auch Litauen, in der Politik einzelner Staaten, namentlich Englands, sich erfreuten, nicht in ihrem doch nur relativen Wert erkannte.

Heute haben sich diese Verhältnisse jedoch von Grund auf geändert. Seitdem Deutschland wieder seine frühere Stellung zu gewinnen beginnt und auch Rußland wieder als Weltmacht auftritt, muß sich auch Litauen für eine bestimmte politische Linie entscheiden. Man hat diese Notwendigkeit hier auch erkannt, man hat eingesehen, daß, ebenso wie in Locarno für den Westen Europas, wohl über kurz oder lang der Versuch gemacht werden wird, auch im Osten eine Lösung der noch schwebenden Fragen herbeizuführen. Und da will man sich beizeiten nach Bundesgenossen umsehen.

Die Bestrebungen Litauens, einen Baltischen Bund, der Litauen, Lettland und Estland umfassen soll, herbeizuführen, dienen diesem Zweck. Erst kürzlich waren wiederum Verhandlungen zwischen Litauen und Lettland in Riga, die zu einer wirtschaftlichen Annäherung als Vorbereitung zur politischen führen sollen. Die Verhandlungen sind vorläufig unterbrochen und sollen später in Kowno wieder aufgenommen werden. Wenn man sich der vielen vergeblichen Versuche erinnert, die drei genannten Staaten zu einem engeren Bund zusammenzuschließen, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß eine zwingende Notwendigkeit dafür trotz aller Behauptungen nicht besteht. Allerdings war bisher die freundschaftliche Einstellung Lettlands und Estlands zu Polen ein Haupthindernis für den Zusammenschluß. Auch der Gedanke an Rußland veranlaßt manche, den Plan eines Baltischen Bundes abzulehnen. Diese Leute sind der Ansicht, daß Rußland sich mit einem selbständigen Litauen auf die Dauer eher abfinden wird als mit einem selbständigen Lettland und Estland, deren Häfen es bedarf. Eine zu enge Verbindung mit diesen Staaten scheint ihnen daher das Bestehen ihres eigenen Staates zu bedrohen.

Den Gedanken an eine Annäherung an England, für den früher so oft geworben wurde, hat man aufgegeben. Er fand keine Gegenliebe, und man erkennt wohl heute auch, daß England bei den kommenden Auseinandersetzungen im Osten Europas nicht die entscheidende und ausschlaggebende Rolle zufallen wird. Kommen also nur noch die unmittelbaren Nachbarn in Frage: **Polen, Deutschland und Rußland.**

Die Stellung Litauens zu Polen ist bekannt. Auch die Verhandlungen Ende Oktober in Lugano wegen der in der Memelkonvention vorgesehenen Erleichterungen im Durchgangsverkehr auf der Memel verliefen ergebnislos, wie alle Verhandlungen zwischen Litauen und Polen ergebnislos verlaufen werden, so lange nicht die Frage von Wilna gelöst ist.

Das Verhältnis zu Deutschland wird durch die Memelfrage getrübt. Die Politik der jetzigen Regierung gegenüber dem Memelland wird auch hier von der Opposition aufs heftigste kritisiert. Man verurteilt die Regierung, die sich von ein paar übernationalistischen Litauern des Memellandes, die sich überdies ihre angebliche Vaterlandsliebe gut bezahlen lassen, beraten läßt, statt die der Lage des Memellandes nach dem Ausgang der Wahlen entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Diese Kreise wissen, daß man heute von den in der überwiegenden Mehrzahl deutschen Memelländern nicht Liebe, sondern nur Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie auf Grund des Versailler Vertrages angegliedert worden sind, verlangen kann. Sie glauben auch an deren Loyalität und wollen die Memelländer demgemäß behandelt wissen, weil sie sonst den Verlust Memels voraussehen. Die heutigen Machthaber Litauens sind aber anscheinend noch weit davon entfernt, zu erkennen, daß Litauen aus den Verhältnissen im Memelgebiet, die nun einmal für Litauen nicht günstig sind, seine Folgerungen ziehen muß. Da Deutschland jedoch über genügende Machtmittel wirtschaftlicher Natur verfügt, um auf Litauen gegebenenfalls einen Druck auszuüben, und da man sich angesichts der sehr schwierigen Wirtschaftslage der schweren Folgen eines solchen deutschen Schrittes klar bewußt ist, ist neuerdings der Versuch einer Orientierung nach Rußland hin unverkennbar.

Kürzlich weilten Vertreter der litauischen Handelskammer, der Industrie und des Handels in Rußland, um die Möglichkeiten eines gegenseitigen Austausches von Waren zu studieren. Vertreter des russischen Außenhandelskommissariats sind danach zu weiteren Besprechungen nach Kowno gekommen. Wenn auch die greifbaren Ergebnisse dieser Verhandlungen infolge der Unmöglichkeit, das vorgesehene russische Ausfuhr- und Einfuhrprogramm durchzuführen, zunächst noch unbedeutend sind, scheint man doch große Erwartungen für die Zukunft zu hegen.

Als in diesen Tagen der russische Volkskommissar Tschitscherin auf der Rückreise nach Moskau einen Tag in Kowno Halt machte, wurde ihm hier ein Empfang bereitet, wie er kaum ehrenvoller gedacht werden kann. Bei einem Festmahl wurden Trinksprüche gewechselt, in denen der litauische Minister des Äußern auf die Rolle Rußlands bei der Verwirklichung des Friedens im Osten hinwies und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Unterredungen zwischen ihm und Tschitscherin die Bedeutung **eines neuen Abschnittes auf dem Wege der politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen beiden Ländern gewinnen würden. Tschitscherin wies in seiner Antwort darauf hin, daß Litauen den Beweis geliefert habe, daß sein Bestehen für das Gleichgewicht im Osten notwendig sei.** Sein Zusammentreffen mit dem litauischen Minister des Äußern möge als Zeichen **der Notwendigkeit der Anbahnung engster Beziehungen zwischen beiden Staaten betrachtet werden.** Gegenwärtig, wo eine ganze Reihe von Staaten die Regelung ihrer politischen Beziehungen vornehmen, müßten auch diese beiden Länder ihren Beziehungen eine bestimmte Form verleihen. Die Vertreter der litauischen Regierung, die zu diesem Zweck nach **Moskau** reisen würden, seien daher willkommen.

Mag Trinksprüchen auch nicht immer eine allzu große Wichtigkeit beizumessen sein, in diesem Falle scheinen sie jedoch von Bedeutung zu sein, denn sie geben dem, was hier schon seit längerer Zeit zu bemerken war, offenen Ausdruck. Sie zeigen, daß sich Litauen nun in einer bestimmten Richtung politisch festzulegen beginnt. Wohl sind nicht wenige, denen eine Annäherung an Deutschland lieber wäre. Aber die frühere Zugehörigkeit zu Rußland hat doch bestimmte Voraussetzungen geschaffen, die eine Annäherung dorthin leichter sich vollziehen lassen als nach Westen. Es ist auffallend, auf wie wenig Widerspruch man heute stößt, wenn man die Möglichkeit einer Annäherung Litauens an Rußland, sogar mit weitgehenden politischen Folgen, erörtert. Vor wenigen Jahren noch, selbst noch vor einem Jahre, wären solche Erörterungen noch unmöglich gewesen; heute jedoch ist es bezeichnend für die neue Einstellung gegenüber Rußland. Heute, wo Litauen eingesehen hat, daß die Zeiten, wo es aus den Gegensätzen der Mächte Nutzen ziehen konnte, vorbei sind, daß es selbst eine bestimmte Stellung beziehen muß, scheint dies ein Beweis, daß die **Annäherung an Rußland auf keine allzu großen Widerstände im Lande stoßen würde.**"

Paul Cassirers Selbstmordversuch.

Paul Cassirer, der bekannte Berliner Verleger und Kunstverständige, der durch seine großen Ausstellungen berühmt geworden ist, lebte seit einiger Zeit mit seiner zweiten Frau, der bekannten Schauspielerin Tilla Durieux, in Scheidung. Als nun am Dienstag vor einem Berliner Anwalt die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen schienen und die Vermögensverhältnisse geregelt werden sollten, erschienen beide Teile. Cassirer war gefaßt und zeigte keinerlei Erregung. Kurz vor Unterschrift der Verträge begab er sich ins Nebenzimmer. Es ertönte ein Schuß, der die erschreckten Anwesenden zu dem soeben noch anwesenden Cassirer eilen hieß. Dieser lag bereits am Boden und konnte nur noch sagen: „Ich habe mich erschossen!", dann fiel er in Ohnmacht. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er nur vorübergehend die Besinnung erlangte. Seine Gattin Tilla Durieux weilte die ganze Nacht an seinem Bett. Sein Zustand ist besorgniserregend. Die Kugel hat die Brust durchschlagen und das Rückgrat verletzt. Die Ärzte sagen, daß selbst unter den günstigsten Bedingungen, falls Cassirer am Leben bleiben sollte, er für immer beide Beine gelähmt haben würde, die ihn ans Bett fesseln. Das Schicksal des bekannten Verlegers, dessen künstlerischer Einfluß sich überall bemerkbar machte, und der auch im Auslande viele Freunde besaß, wird in allen Berliner Kreisen lebhaft bedauert.

Deutsches Reich.

Die deutsche Vertretung in Genf.

Berlin 7. Januar. (R.) Die „Tägliche Rundschau" meldet, daß die Frage der deutschen Vertretung bei den Genfer Verhandlungen zum ersten Male akut werde, wenn dort eine Kommission zusammentritt, die die Einberufung einer Abrüstungskonferenz vorbereiten soll. Diese Vertretung werde nur einer bestimmten Persönlichkeit anvertraut werden, über die noch nichts Näheres mitgeteilt werden könne. Bei den Verhandlungen des Völkerbundes werde Deutschland durch den Außenminister vertreten sein.

Das deutsch-italienische Steuerabkommen ratifiziert.

Das am 31. Oktober in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen Deutschland und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern ist jetzt ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat in Rom stattgefunden.

Aus anderen Ländern.

„Journal" über die Frage der Sanierung Frankreichs.

Paris, 7. Januar. (R.) In einem Artikel des „Journal" wird als Mittel zur Stabilisierung des Franken vorgeschlagen, in Frankreich den 9-Stundentag einzuführen. Wenn die französischen Arbeiter diesen Vorschlag annehmen, würden sie nur dem patriotischen Beispiel der deutschen Arbeiter folgen, die sogar zwei Stunden Mehrarbeit geleistet hätten, um an der Wiederherstellung ihres Vaterlandes mitzuarbeiten.

Eine neue Zeitungsgründung in Strasburg.

Paris, 7. Januar. (R.) Wie das „Echo de Paris" meldet, ist in Strasburg eine Tageszeitung unter dem Titel „Die Brücke" erschienen, die an die Spitze der autonomistischen Bewegung treten und täglich zweimal erscheinen wird. René Schickele ist Direktor und Chefredakteur. Mitarbeiter sind der ehemalige Reichskanzler Wirth für Deutschland, Nitti für Italien und Vanderfelde für Belgien.

Einstellung des Pariser Zugverkehrs.

Paris, 7. Januar. (R.) Wegen des Steigens der Seine wird der gesamte Zugverkehr heute eingestellt.

Keine Bildung einer Mittelpartei durch Lloyd George.

London, 7. Januar. (R.) Lloyd George fährt, wie gemeldet wird schon in dieser Woche aus Italien nach London zurück. Der Hauptgrund hierfür ist die plötzliche Erkrankung seiner Tochter. Laut „Daily News" wird der Bericht, Lloyd George beabsichtige die Bildung einer Mittelpartei, von maßgebender Seite in Abrede gestellt.

Der Ausbruch des Vesuvs.

Rom, 7. Januar. (R.) **Professor Malladra, Direktor des Vesuv-Observatoriums, erklärt zu dem erneuten Ausbruch des Vesuv, daß dieser vorläufig keine Gefahr für die umliegenden Ortschaften bedeute, weil er sich im Innern des Kraters vollzieht. Der Gelehrte macht ferner darauf aufmerksam, daß diese Ausbrüche im Innern des Kraters beim Vesuv seit April vorigen Jahres nicht mehr vorgekommen sind.**

Beisetzungsfeierlichkeiten für die Königin Margherita.

Wie eine Meldung aus Bordighera besagt, ist die italienische Königin-Mutter einem Schlaganfall zum Opfer gefallen. Um 11 Uhr vormittags gab sie ihren Geist auf. Das italienische Königspaar ist mit einem Sonderzug in Bordighera eingetroffen. Über die Beisetzungsfeierlichkeiten der verstorbenen Königin-Mutter wird folgendes gemeldet: Die offizielle Bestattungsfeier für die Königin-Mutter Margherita wird in Rom stattfinden, wohin die Leiche übergeführt wird, um nachher wahrscheinlich im Mausoleum des Hauses Savoyen in Turin, also nicht neben ihrem Gatten im Pantheon, beigesetzt zu werden. Der Papst wird in der Weise offiziell an der Feierlichkeit teilnehmen, daß er die Audienzen einstellt und sich zum Gebet in seine Kapelle zurückzieht. Er hatte die Königin als Kardinal persönlich gekannt und ihr, wie die „Tribuna" berichtet, auf dem Sterbebett den apostolischen Segen erteilt. Die faszistische Partei wird feierlich mit den Volksdirektoren an der Beerdigung teilnehmen und läßt der Leiche durch alle Faszisten des Landes den römischen Gruß entbieten.

Brigantenverhaftungen auf Sizilien.

Wie „Popola de Roma" meldet, ist es den Bemühungen des Polizeipräfekten von Palermo gelungen, eine ganze Bande Briganten zu verhaften, die seit langen Jahren die Provinz unsicher gemacht haben. Nachdem er die Namen der einzelnen Verbrecher festgestellt hatte, ließ er einen Maueranschlag veröffentlichen, worin er den Briganten zwei Wege wies: entweder sich freiwillig zu stellen, oder aber ihre Angehörigen zu verlieren, da, wenn die Verbrecher sich nicht stellen würden, die Angehörigen derselben zur Verantwortung gezogen würden.

General Pangalos über die Gründe seines letzten Schrittes.

London, 7. Januar. (R.) General Pangalos richtete eine Botschaft an die „Daily Mail", in der erklärte, die wichtigste Ursache seines Beschlusses sei die Notwendigkeit, einen Schlag gegen die ernste kommunistische Propaganda zu führen, die seinen Informationen zufolge während der beiden letzten Monate in Griechenland fortgeführt worden sei. Die griechische Außenpolitik werde unverändert bleiben. Die griechische Regierung denke nicht an die Aenderung der Haltung oder der Verpflichtungen Griechenlands als Mitglied des Völkerbundes. Nach Ansicht der Regierung sei die Unterstützung der Armee, deren er versichert worden sei, nicht genügend, sondern sie verlasse sich auf das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes. Das Ziel sei eine Rückkehr zum gesunden parlamentarischen Leben mittels freier Wahlen.

In kurzen Worten.

In München fand die Schlußsitzung der deutschen Verkehrsausstellung statt.

*

Die internationale Militärkontrollkommission in Karlsruhe zur Bewachung der 50 Kilometer-Zone ist nach Frankreich zurückgekehrt.

*

Anläßlich des Ablebens der italienischen Königin Mutter richtete Mussolini eine Botschaft an das italienische Volk.

*

Der amerikanische Präsident Coolidge hat eine Botschaft an den Kongreß erlassen, worin er sich für den Beitritt zur Abrüstungskonferenz ausspricht.

*

Zu der Weltwirtschaftskonferenz in Genf ist eine Einladung an deutsche Sachverständige abgegangen.

Letzte Meldungen.

Abbruch polnisch-sowjetischer Handelsbeziehungen?

Die „Rzeczpospolita" hat sich angesichts der die öffentliche Meinung beunruhigenden Nachricht über einen Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen dem „Wniesztorg" und polnischen Industriellen um Informationen an die sowjetische Handelsmission gewandt. Der Handelsvertreter der Sowjets in Polen erklärte dem Blatte, daß die Nachricht stark übertrieben sei. Tatsache wäre jedoch, daß die Beziehungen zwischen dem „Wniesztorg" und den Lodzer Industriellen stark gespannt seien.

Kleine Wirtschaftsentente?

Der frühere tschechische Handelsminister Hotowec bringt in den „Lidove Nowiny" einen Artikel, in dem er eine Zollunion zwischen Polen, Südslawien, Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei einerseits und Österreich und Ungarn anderseits vorschlägt.

Hoffnungen.

(A. W.) In der nächsten Woche wird die Ankunft der Vertreter des amerikanischen Bankentrusts erwartet, der Polen eine Anleihe gegen die Garantie des Tabakmonopols gewähren soll.

Kein Attentat auf Risa Khan.

Aus London wird gemeldet, daß die Nachricht von dem Attentat auf Risa Khan Pahlewi jeder Grundlage entbehrt.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Ogłoszenie.

Wybory do Komitetu Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, który wkrótce zwołanym zostanie, a mianowicie po 2 członków z każdego z utworzonych 9 okręgów wyborczych, odbędą się

dnia 25. stycznia 1926

pod przewodnictwem zamianowanych komisarzy wyborczych albo zastępców tychże jak następuje:

w I okręgu, obejmującym powiaty: Śremski, Średzki, Wrzesiński, w Poznaniu na sali Domu Królowej Jadwigi o godzinie 1½ popołudniu, komisarz wyborczy p. Stablewski, radca Ziemstwa ze Ślachcina, zastępca p. Czapski, radca Ziemstwa z Barda,

w II okręgu, obejmującym powiaty: Szamotulski, Międzychodzki, Obornicki, w Szamotułach na sali Hotelu Eldorado o godzinie 2 popołudniu, komisarz wyborczy p. Kurnatowski, rapca Ziemstwa z Pożarowa, zastępca p. baron Massenbach, radca Ziemstwa z Pniew,

w III okręgu, obejmującym powiaty: Kępiński, Ostrzeszowski, Odolanowski, Ostrowski, Pleszewski, Jarociński, Koźmiński, Krotoszyński, w Ostrowie na sali Hotelu Polskiego o godz. 12-tej w południe, komisarz wyborczy p. Szenic, radca Ziemstwa z Korzkiew, zastępca p. hr. Szembek, radca Ziemstwa z Wysocka,

w IV okręgu, obejmującym powiaty: Leszczyński, Śmigielski, Kościański, Rawicki, Gostyński, w Lesznie na sali Hotelu Polskiego o godz. 12-tej w południe, komisarz wyborczy p. Sypniewski, radca Ziemstwa z Skoraszewic, zastępca p. Szczaniecki radca Ziemstwa z Łaszczyna,

w V okręgu, obejmującym powiaty: Wolsztyński, Nowotomyski, Grodziski i Poznański, w Poznaniu na sali Starostwa Poznańskiego przy Wałach Leszczyńskiego o godzinie 3-ej popołudniu, komisarz wyborczy p. Czapski, radca Ziemstwa z Modrza, zastępca p. Iffland, radca Ziemstwa ze Skrzynek,

w VI okręgu, obejmującym powiaty: Wągrowiecki, Czarnkowski, Chodzieski, w Wągrówcu na sali Hotelu p. Podlewskiego o godzinie 12 ¹/₄ popołudniu, komisarz wyborczy p. Chłapowski, radca Ziemstwa ze Stawian, zastępca p. Grabowski, radca Ziemstwa ze Zbietki,

w VII okręgu, obejmującym powiaty: Bydgoski, Wyrzyski i powiaty Pomorskie, w Bydgoszczy na sali Hotelu pod Orłem o godz. 12-tej w południe, komisarz wyborczy p. Dr. Kolszewski, Generalny radca Ziemstwa z Poznania, zastępca p. Niesiołowski, Starosta z Bydgoszczy,

w VIII okręgu, obejmującym powiaty: Żniński, Gnieźnieński, Witkowski, w Gnieźnie na sali Hotelu Europejskiego o godz. 12-tej w południe, komisarz wyborczy p. Lutomski, radca Ziemstwa, z Grzybowa-rab., zastępca p. Tuchołka, radca Ziemstwa z Marcinkowa-dolnego.

w IX okręgu, obejmującym powiaty: Inowrocławski, Strzeliński, Szubiński, Mogileński w Inowrocławiu na sali Hotelu Basta o godz. 11-tej przedpołudniem, komisarz wyborczy p. Szumlański, radca Ziemstwa z Kątna, zastępca p. Ponikiewski radca Ziemstwa z Chraplewa.

Na wybory te zapraszamy niniejszem ogłoszeniem odnośnych członków Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego.

Wybory do Komitetu odbywają się w następujący sposób:

1. Dyrekcja dzieli Związek Ziemstwa na 9 co do ogólnej sumy pożyczek możliwie równych okręgów wyborczych i mianuje na każdy okręg komisarza wyborczego. Okręgi wyborcze, nazwisko Komisarza wyborczego oraz termin wyborów ogłasza się publicznie. W każdym okręgu wybiera się 2 członków Komitetu.

2. Prawo wybierania do Komitetu mają tylko członkowie Ziemstwa, będący właścicielami dóbr z szasunkiem ziemskim przynajmniej 25 000 marek.

   Członkostwa nie traci się przez spłatę pożyczki w celu konwersji. Spłaty pożyczki celem wystąpienia z Ziemstwa i wystawienia nowych pożyczek listów zastawnych na nieobdłużone jeszcze majętności nie mogą nastąpić tydzień przed wyborami i tydzień po terminie wyborczym.

   Właściciele kilku dóbr, położonych w tym samym okręgu wyborczym mają tylko jeden głos. Współwłaściciele jednej nieruchomości mają razem jeden głos.

3. Wyboru dokonuje się osobiście. Dozwolonem jest jednakże zastąpienie małżonków między sobą, bez względu na to, czy są zapisani w księdze wieczystej jako współwłaściciele lub nie. Inni współwłaściciele mogą być zastąpieni przez jednego z nich na zasadzie osobnego, piśmiennego pełnomocnictwa. Rodzice, opiekunowie lub kuratorzy zastępują osoby, stojące pod władzą rodzicielską opieką lub kuratelą bez osobnego pełnomocnictwa; osoby prawne potrzebują do zastąpienia swego osobno wyznaczonych pełnomocników.

4. Listy wyborcze ustawia Ziemstwo na każdy okręg wyborczy. Każdy uprawniony do głosowania może je przejrzeć po publicznem ogłoszeniu terminu wyborów w Ziemstwie w godzinach służbowych. Sprzeciw należy wnieść tydzień przed terminem wyborczym do Dyrekcji, która rozstrzyga ostatecznie. Listy wyborcze wykłada Komisarz wyborczy godzinę przed rozpoczęciem wyborów w sali wyborów.

5. Wybieralnymi do Komitetu Ziemstwa są tylko członkowie Ziemstwa, o ile są właścicielami dóbr z szacunkiem ziemskim conajmniej 50 000 marek. Nie mogą być wybrani obcokrajowcy, osoby stojące pod nadzorem rodzicielskim, opieką lub kuratelą lub osoby prawne. Małżonkowie, rodzice, opiekunowie i kuratorzy nie mogą być wybierani jako tacy, tylko o ile są członkami Ziemstwa.

6. Wybory, na które zaprasza się członków Ziemstwa publicznemi ogłoszeniami i któremi w każdym obwodzie wyborczym kieruje Komisarz wyborczy Ziemstwa, odbywają się przez aklamację lub kartkami.

7. Wybory odbywają się prostą większością głosów. W razie równości głosów rozstrzyga los. Jeżeli nie osiągnięto większości głosów przy pierwszych wyborach, przystępuje się do ściślejszych wyborów między dwoma kandydatami, którzy otrzymali stosunkowo najwięcej głosów.

   Wybory odbywają się osobno co do mającego być wybranego członka Komitetu.

8. Osobny protokół z każdego wyboru przesyła się bezzwłocznie Dyrekcji.

Poznań, dnia 5 stycznia 1926 r.

Dyrekcja Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego.

Żychliński.

Stürmische Eröffnungssitzung des neuen Posener Stadtparlaments.

In feierlicher Harmonie begann die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments am Dienstag, ein düsterer Ausklang war ihr beschieden. Wer war der schuldige Teil, der eigentliche Urheber der heftigen Zusammenstöße, die so gar nicht in den Rahmen einer Eröffnungssitzung hineinpaßten? Den Löwenanteil, wenn nicht gar die ganze Last, hat hier die äußerste Rechte zu tragen, die eine sonderbare Mandatsgier an den Tag legte, doch nicht etwa in der Furcht, daß in manchen Dingen ihre jetzt etwas gereizte Wiegenschwester, die Christl. Demokratie, nicht ganz eines Sinnes sein und so ihren Interessen gefährlich werden könnte. Dabei wäre es doch aber im Gegenteil nur recht und billig gewesen, den parlamentarischen Gepflogenheiten gebührend Raum zu geben. In geharnischter Erklärung rügte zwar Stadtv. Dr. Stark das Vorgehen der Rechten. Diese ließ sich aber, abgesehen von flüchtigen Lichtblicken, nicht aus ihrem Fahrwasser herausdrängen. Dabei gab es selbst in ihrer Mitte gewiß auch Leute, die nicht zu allem „Ja und Amen" sagten. Obendrein erschwerte sie dem Vorsitzenden Hedinger die Führung der Beratungen außerordentlich. Die Eröffnung der Sitzung, der ein Gottesdienst vorausging, vollzog der Stadtpräsident Ratajski, der die Insignien trug. Der Magistrat war vollzählig erschienen. Von den Stadtverordneten fehlte nur Herr Kubiaczyk.

Die Eröffnungsansprache des Stadtpräsidenten hatte folgenden Wortlaut:

„Im Sinne der geltenden Vorschriften eröffne ich die heutige erste Sitzung, indem ich die Versammlung herzlich begrüße und allen Stadtverordneten ein glückliches neues Jahr wünsche. Die neue Stadtverordnetenversammlung setzt sich aus 30 bisherigen und 30 neugewählten Stadtverordneten zusammen. Ich denke, daß der verhältnismäßig große Zustrom frischer Bürgerkräfte die Arbeitsanspannungen der Versammlung günstig beeinflussen wird, und daß die neuen Kräfte in einträchtiger Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten, die durch mehrjährige löbliche Tätigkeit im Kommunalleben Erfahrungen gesammelt haben, eine fähige Körperschaft bilden werden, die gewillt ist, in fruchtbarer Weise für das Wohl der Stadt zu arbeiten, indem sie zum Aufblühen und zivilisatorischen Fortschritt beiträgt.

Die Stadtverordnetenversammlung ist eine Blüte unserer Bürgerschaft, das sind die Vertrauensmänner verschiedener Schichten unserer Stadtbevölkerung, die gewählt sind, um über das Wohl der Allgemeinheit zu wachen. Die Stadtverordneten sind nicht dazu berufen, die Interessen einzelner Gruppen zu verteidigen, sondern um die Interessen unserer ganzen Bürgerschaft zu unterstützen. Natürlich kann das Stadtinteresse als Ganzes verschieden aufgefaßt werden, und in dieser Beziehung werden sich, denke ich, beträchtliche Meinungsunterschiede herausbilden. — Doch möge diese Reibung der Meinungen, die im Grunde nötig und nützlich ist, bei gutem Willen, mit großem Verständnis für den Gegner und im vollen Bewußtsein der Verantwortung vor sich gehen, von dem jeder Stadtverordnete gegenüber den Mitbürgern und dem ganzen Volke, gegenüber dem heutigen Geschlecht und den Nachkommen durchtränkt sein sollte.

Mögen die Beratungen der Stadtverordneten nicht in die Wehen der Gegenwart gehüllt sein, sie seien vielmehr von dem Gefühl geleitet, daß ihr die Sache des Wohls der Stadt übergeben ist, die nahezu eine tausendjährige Geschichte hat, und deren Bestehen für weitere Jahrtausende berechnet ist. Wenn die Stadtverordneten das Leben der Stadt vom Gesichtspunkt der Jahrhunderte betrachten, dann werden sie nicht so leicht von der richtigen Entwicklungslinie abbiegen, die zum Fortschritt der Menschheit führt als wie unter dem Einfluß von Losungen, die Kurzsichtigen verkündet werden. Möge jeder Stadtverordnete in dem Bewußtsein arbeiten, daß seine mehrjährige Arbeit in der Stadt den künftigen Geschlechtern möglichst viele Spuren hinterlassen soll. Wenn er diese Bänke verläßt, dann soll er, auf den sozialen und kulturellen Fortschritt der Stadt hinweisend, von sich mit Stolz und Genugtuung sagen können: Das ist ein Denkmal meiner Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung, das ich den Nachkommen überliefere, zum Zeichen dafür, daß ich in meinem Leben kein Egoist und keine bloße Figur, sondern ein Vollbürger war, der mit Selbstverleugnung für die Besserung des Daseins seiner Nächsten arbeitete! Möge den Beratungen der Stadtverordnetenversammlung der Geist der Aufopferung voranleuchten! Die einfache Maxime lautet, daß so viel Gut in der Stadt geschaffen wird, wie viel des Opfers ist. Es gibt keine soziale Tat für das Wohl der Allgemeinheit ohne Opfer des Einzelnen. Die Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung aber ist eben: möglichst viel soziales Gut schaffen.

Der Magistrat will in williger und aufrichtiger Mitarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung die Stadtverwaltung so tüchtig führen, daß die gegenwärtige schwere Wirtschaftslage des Landes ohne Schaden der Interessen der Stadt überstanden wird. Er wünscht ferner, daß die Kontrolle über die Verwendung der öffentlichen Gelder durch die städtischen Organe sehr gewissenhaft sei; denn solche Kontrolle bietet die beste Gewähr für gegenseitiges Vertrauen beider städtischer Körperschaften.

Zum Schluß möchte ich die dringende Bitte aussprechen, daß das Budget für das Jahr 1926, das zu Zeiten der vorigen Stadtverordnetenversammlung, im November, eingebracht worden ist, von der neuen Stadtverordnetenversammlung so schnell wie möglich beschlossen wird; denn das erfordern nicht nur die geltenden staatlichen Vorschriften, sondern das verlangt auch das Lebensinteresse der Stadt, und sei es schon allein die Rücksicht auf die Linderung der Not der Arbeitslosen, die auf den Beginn der Frühjahrsarbeiten warten.

Ich schließe nun mit dem Wunsche einträchtiger und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zum Nutzen der Stadt und zum Ruhme des polnischen Namens."

Nach verrauschtem Beifall wurde vom Präsidenten die

Verpflichtung der Stadtverordneten

in alphabetischer Reihenfolge durch Handschlag vorgenommen. Darauf übernahm der Senior der Versammlung, Stadtverordneter Krause, den Vorsitz, um die Wahl des Vorsitzenden zu leiten.

Bevor man die Wahl vollzog, ergriff zunächst Stadtv. Prof. Paczkowski von den Nationaldemokraten das Wort, um etwas über das Entstehen, Bestehen und die Rolle seines Klubs, sowie seine Stellungnahme zu den Wählern, zu den übrigen Parteien und zum Magistrat zu sagen. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsche, harmonisch zusammenzuarbeiten. Bemerkenswert ist noch, daß der Klub des Redners eine Stütze des Magistrats gewesen ist.

Die Vorstandswahlen.

Es folgten die Wahlvorschläge für die Besetzung des mühevollen und undankbaren Postens des Vorsitzenden: Stadtv. Hedinger von der äußersten Rechten, Stadtv. Buzzel von der Christl. Demokratie, Dr. Surzyński von der Nationalen Arbeiterpartei und Stadtv. Kowalewski von den Sozialisten als Demonstrationskandidat. Das Ergebnis der Wahl war folgendes: Hedinger 35, Buzzel 0, Dr. Surzyński 1, Kowalewski 8, 15 Wahlzettel leer. Die Nationale Arbeiterpartei enthielt sich demnach der Abstimmung. Nachdem Stadtverordneter Hedinger für seine Wiederwahl gedankt und versprochen hatte, einen unparteiischen Standpunkt einzunehmen, wurde der stellvertretende Vorsitzende gewählt. Von den beiden Kandidaten Buzzel und Dr. Surzyński erhielt ersterer 33 Stimmen, während der zweite Kandidat 25 Stimmen auf sich vereinigte. Ein Wahlzettel war leer.

Der Verkündung des Wahlergebnisses folgte nachstehende, eingangs erwähnte **Erklärung Dr. Starks:**

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Stadtverordnetenversammlung parlamentarische Verhältnisse herrschen sollten. Diese aber erfordern, daß der Klub der Nationalen Arbeiterpartei als zweitstärkster Klub im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung entsprechend vertreten ist, d. h. in der Person des stellvertretenden Vorsitzenden in der Versammlung. Die Stadtverordneten vom Bürgerklub und vom Klub der Christl. Demokratie haben die demokratischen parlamentarischen Gebräuche in dem Augenblick gering geschätzt, da in der Sejmarena angesichts der schwierigen Lage des Staates und des Volkes zwischen verzankten Parteien eine Verständigung eingetreten ist. Wir stellen fest, daß die Stadtverordneten vom Bürgerklub und vom Klub der Christl. Demokratie sozialpolitische Gegensätze in der Stadtverordnetenversammlung aufrecht erhalten. Deshalb erklären wir, daß wir weder im Vorstand der Vollversammlung noch im Präsidium der Finanzkommission teilnehmen und uns jede mögliche Konsequenzen vorbehalten."

Zum Schriftführer wurde dann Stadtv. Krause mit 34 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen gewählt, zu seinem Stellvertreter Stadtv. Tylczyński, auf den 35 Stimmen fielen. Die Zahl der Stimmenthaltungen betrug bei diesem Wahlgang 21. Zum Beisitzer wählte man den Stadtv. Kucharski mit 34 Stimmen; 23 Wahlzettel waren leer. Gegen die Wiederwahl des Protokollführers der Stadtverordnetenversammlung, Stadtsekretärs Tyrakowski, erhob sich kein Widerspruch.

Nun kam die heikelste Vorlage zur Sprache, und das war die Wahl der einzelnen Kommissionen.

Die Rechte wollte auf die Mandatsverteilung für die Finanz- und Baukommission der Linken (Bürgerblock 11, Nat. Arbeiterpartei 8, Christl. Demokratie 7, Sozialisten 4, Invalidengruppe 1) nicht eingehen, und es kam deshalb zu heftigen Zusammenstößen und den in der letzten Zeit üblichen Unterbrechungen, die eine Verständigung herbeiführen sollten. Schließlich ging die Rechte auf den Verteilungsvorschlag der Linken ein. Doch die Vorlage über die Wahl der Rechtskommission brachte wieder eine Wahlepisode, die schließlich dazu führte, daß die **Linke demonstrativ den Saal verließ.** Von ihren Anhängern wurde das Lied „Czerwony Sztandar" angestimmt. Die Zuschauertribüne mußte geräumt werden.

Nun war die Rechte allein, so daß die weiteren Beratungen ungestört verliefen. Die weiteren Wahlen wurden im Sinne der Vorschläge erledigt, dürften aber noch einige „Korrekturen" von seiten der Linken erfahren, von denen einige Vertreter „in contumaciam" gewählt wurden.

Zum Schluß der Sitzung brachte der Stadtverordnete Kałamajski die angekündigte

Interpellation in Sachen der Silvesterunruhen

ein. Er kritisierte u. a. das Vorgehen der Polizeibehörde, die seiner Meinung nach zu spät eingeschritten sei, und verlangte schnellste Auszahlung der Entschädigungen. Besonders erwähnt sei eine bemerkenswerte Stelle seiner Ausführungen, wo er sagte, daß die Drohbriefe, die er in der Übergangszeit, da noch die deutsche Polizei war, wegen Ausstellung eines antipreußischen Bildes, nicht verwirklicht worden wären, da das Gefühl des Eigentumsrechts entwickelter gewesen sei als jetzt. Im übrigen stehe auch die Schule nicht auf der Höhe.

Nach einer Antwort des Stadtpräsidenten Ratajski, der die Hoffnung aussprach, daß es bald zu einer zufriedenstellenden Verständigung kommen würde, und der sich gegen die Vorwürfe des Interpellanten gegen die Polizeibehörde wandte, wurde die Aussprache, nachdem die Versammlung vier Stunden gedauert hatte, auf die nächste Sitzung vertagt.

Der Versammlungsleiter teilte noch mit, daß von der Sozialistenpartei ein Schreiben über den Verzicht auf die Mandate in der Finanzkommission eingelaufen sei. Die Nat. Arbeiterpartei soll einen ähnlichen Beschluß gefaßt haben.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. Januar.

Das Präsidium der Kaufmännischen Vereine zu den Silvesterkrawallen.

Wegen der Silvestervorgänge hielt das Präsidium der Kaufmännischen Vereine am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, die von 6 bis 9½ Uhr dauerte. Es wurde folgende Entschließung gefaßt:

Das Präsidium der Kaufmännischen Vereine spricht seine Entrüstung aus über die Exzesse in der Silvesternacht verübt von einer Rotte Halbwüchsiger aber auch sein tiefes Bedauern, daß der öffentliche Sicherheitsdienst nicht früher und energischer dem Mob entgegengestellt hat, um das Einschlagen der Schaufenster und das Stehlen der Waren zu verhindern. Das Präsidium der Kaufmännischen Vereine versichert den geschädigten Kaufleuten, daß es sehr energisch dahin wirken wird, daß der Magistrat den entstandenen Schaden schnell vergütet. Das Präsidium versteht sehr gut die Bitterkeit der Kaufmannschaft, nichtsdestoweniger fordert es alle Mitglieder auf, sich nicht abhalten zu lassen, im weiteren gemeinsamen Wirken mit der Allgemeinheit, materiell und persönlich, in der Lösung charitativer, sozialer und kultureller Aufgaben.

× **Die Wahlen zur Posener Landschaft,** und zwar aus neun Bezirken zu je 2 Mitgliedern, finden am 25. d. Mts. statt. Näheres ist aus der Anzeige der Posener Landschaft in der heutigen Ausgabe ersichtlich.

× **Zwei reiselustige Schüler** haben dieser Tage ihr Elternhaus in Posen verlassen, um eine Reise ins Gebirge zu unternehmen. Der eine ist 14 Jahre, der andere 9 Jahre alt. Der erstere ist korpulent, 1,50—1,55 m groß, hat rundes, dickes Gesicht, dunkelblondes Haar, war bekleidet mit dunkelbraunem Manchesteranzug (Kinderhose), grauem Paletot, Schülermütze, schwarzen Schnürschuhen und schwarzen Strümpfen. Der Jüngere ist 1,40 m groß, sehr hager, hat längliches Gesicht, war bekleidet mit dunkelblauem Anzug, schwarzen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen, dunkelblauer Sportmütze, dunkelblauem Mantel, Kragen und Ärmel mit grauem Krimmer besetzt. Es wird dringend gebeten, die jugendlichen Flüchtlinge im Betretungsfalle anzuhalten und der Kriminalpolizei im Zimmer 62 Mitteilung zu machen.

× **Gründlich verrechnet hat sich das Dienstmädchen,** das, wie wir seinerzeit berichteten, in der vergangenen Woche seine Herrschaft in der ul. Staszyca 20 (fr. Moltkestraße) unter Mitnahme einer größeren Diebesbeute und unter Hinterlassung eines Zettels des Inhalts verlassen hatte, sie möchte sich nur keine Mühe geben, sie wieder einzufangen, da sie zu ihrem Manne zurückgekehrt und der von ihr angegebene Name falsch sei. Sie ist jetzt doch auf dem Bahnhofe festgenommen und ihr Name als Władysława Staniecka festgestellt worden.

× **Kindesleichenfund.** Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde am Dienstag auf dem alten Kreuzkirchhof am Plac Drwęskiego (fr. Livoniusplatz) gefunden.

× **Umgefahren** wurden gestern früh kurz vor 8 Uhr an der ul. Skryta 8 (fr. Bartholdshof) von einem Kraftwagen zwei Bäume. Die beiden Insassen des Kraftwagens, zwei Damen, wurden herausgeschleudert, kamen aber unverletzt davon.

× **Polizeiliche Hundeversteigerung.** Im Städtischen Polizeiamt, Zimmer 18, findet am morgigen Freitag um 10 Uhr vorm. eine öffentliche Versteigerung von vier Wolfshunden, eines Mischlings, eines Terriers und eines jungen Hundes statt.

× **Ein Zusammenstoß eines Wagens mit einem Kraftwagen** in der ul. Piotra Wawrzyniaka (fr. Lorenzstraße) hatte die Zertrümmerung dreier Scheiben am Kraftwagen zur Folge.

× **In Brand geraten** war Dienstag vormittag 10 Uhr im Hause Judenstraße 30 Gemüll im Treppenflur. Das Feuer wurde, ohne Schaden verursacht zu haben, in kurzer Zeit gelöscht.

× **Zwei verdächtige Bengel** wurden Dienstag abend 6½ Uhr am Wały Leszczyńskiego (fr. Kaiser-Ring) von einem Schutzmann beobachtet, als sie sich mit zwei schweren Kartons abquälten. Beim Sichnähern des Schutzmanns entledigten sie sich durch Fortwerfen ihrer wertvollen Beute und verschwanden. Die Kartons enthielten 72 Paar Herrensocken, 20 Paar Handschuhe, 12 weiße Handtücher, 8 Paar Hosenträger, 2 Pack Zwirn, 4 weiße Herrenhemden, 3 Dutzend Taschentücher, sämtlich neue Ware. Näheres ist bei der Kriminalpolizei zu erfahren.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden aus einem Bureau Schießstraße 6 zwei Herrenüberzieher im Werte von 280 zł; durch Einbruch aus einer Wohnung des Hauses ul. Starościńska 4 (früher Waldowstr.) zwei Pelze und mehrere Herrenanzüge im Werte von 2000 zł; einem Herrn an der Franziskanerkirche ein Portemonnaie mit 30 zł; aus einem Neubau an der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoriastr.) ein Fahrrad Marke „Wolność" Nr. 43 922 im Werte von 200 zł; bei einer Exmission aus dem Hause Glogauerstr. 101 zwei Trauringe mit den Buchstaben H. S. im Werte von 150 zł.

× **Bei einer Haussuchung beschlagnahmt** wurde eine goldene dreikapselige Herrenuhr, amerikanischen Systems, mit gerippten Deckeln, und kann im Zimmer 27 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

× **Warthehochwasser.** Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Donnerstag, früh + 2,73 Meter, gegen + 2,55 Meter am Mittwoch und + 2,36 Meter am Dienstag früh; die Warthe steigt weiter!

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh war ein Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, 8. 1. 26: Ruderklub „Neptun": Jahreshauptversammlung bei Siebert, St. Martinstraße.
" 8. 1. 26: Verein deutscher Sänger: Uebungsstunde.
Sonntag, 10. 1. 26: Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein 4½ Uhr, im Evang. Vereinshaus: Vortrag: „Das moderne Persien".
Donnerstag, 14. 1. 26: Bachverein: Kammermusik — Gebrüder Greulich.

Der Ruderklub Neptun-Posen veranstaltet morgen, Freitag, abends 8 Uhr im Lokal von Siebert, St. Martinstraße, seine Jahres-Hauptversammlung. Da auf der Tagesordnung wichtige Punkte, u. a. auch die Wahl des Gesamtvorstandes, stehen, ist ein Besuch aller Mitglieder sehr erwünscht.

Güterbeamtenverband, Zweigverein Posen. Am Sonntag, dem 10. d. Mts., findet die Monatsversammlung des Güterbeamtenverbandes für Polen, Zweigverein Posen, um 11 Uhr vormittags in der „Bauhütte", Posen, statt. Dr. Goeldel von der Westpolnischen Landw. Gesellschaft wird einen Vortrag über das Thema „Einfluß der Landarbeitsforschung auf die landwirtschaftliche Betriebsführung" halten. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 10. bis 17. Januar.

Sonntag, Fest der hl. Familie ½8 Uhr Beichtgelegenheit. 9 Uhr Predigt und Amt. 3 Uhr Rosenkranz, Predigt und Segen. 4 Uhr Andacht des lebendigen Rosenkranzes. ½5 Uhr Generalversammlung des St. Antoniusvereins kath. Jünglinge. — Montag, 4 Uhr Unterstützungsverein. 7 Uhr Gesellenverein. — Dienstag, nachm. 4 Uhr Frauenbund. — Sonnabend, 5 Uhr Beichtgelegenheit.

p. **Birnbaum,** 6. Januar. Am 1. d. Mts. abends gegen 10 Uhr brannte in Głazewo eine Scheune des Pächters Grabstein vermutlich infolge Brandstiftung nieder.

s. **Tremessen,** 6. Januar. Ein tödlicher Kraftwagenunfall ereignete sich Dienstag nachmittag kurz vor Tremessen. Das Auto der Kohlenfirma Cieślicki-Orlicki aus Posen fuhr mit einer Schnelligkeit von 80—90 Kilometern. Infolge der Schneeschmelze geriet das Auto in einen Graben und bedeckte die beiden Insassen, Cieślicki und den Chauffeur. Ein zufällig vorüberfahrender Radfahrer eilte zu Hilfe, und von ihm wurde Cieślicki gerettet. Der Chauffeur Borys Rosenberg war bereits tot; er stammte aus dem Kaukasus, war 41 Jahre alt, ehemaliger russischer Offizier, seit einem Jahre verheiratet und hinterläßt ein kleines Kind.

Wettervoraussage für Freitag, 8. Januar.

= **Berlin,** 7. Januar. **Nach vorübergehender Bewölkungsabnahme wieder trübe und regnerisch bei wenig veränderten Temperaturen.**

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

W. Kl. in Krz. Anfragen, denen nicht der Bezugsschein und ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt, werden von uns nicht beantwortet.

W. K. 10. Derartige Einlagen werden nicht aufgewertet.

A. N. in B. 1 und 3. Wegen der Beantwortung dieser Fragen müssen Sie sich schon an einen Notar wenden. 2. Pflichtteil ist die Hälfte des regulären Erbteils.

Groß, Regensburg. 1. Da die Hypothek seinerzeit ausdrücklich mit Vorbehalt angenommen worden ist, haben die Erben jetzt das Recht der Nachforderung der Differenz zwischen der damals geleisteten Zahlung und der 15prozentigen Aufwertung der Hypothek. 2. Nach der polnischen Aufwertungsverordnung. 3. Fordern Sie die Nachzahlung durch eingeschriebenen Brief. Im Falle der Nichtzahlung werden Sie gegen den damaligen Hypothekenschuldner die Klage anstrengen müssen.

G. hier. Wegen der Beantwortung Ihrer Frage empfehlen wir Ihnen, bei der Eisenbahnauskunftsstelle im Hauptbahnhofsgebäude vorzusprechen.

A. F. in M. Nach § 29c der Aufwertungsverordnung haben Sie Anspruch auf volle Aufwertung der 200 Mk.

W. in T. Wir können uns auf eine weitere Erörterung der Angelegenheit, nachdem die Bestimmungen im klaren Wortlaut von uns mitgeteilt worden sind, nicht einlassen.

S. R. in Sz. Die 15 000 deutsche Mark hatten am 1. April 1919 einen Wert von 7500 zł.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Handelsnachrichten.

Die polnischen Spirituspreise sind (laut „Dziennik Ustaw“ Nr. 131) durch Verordnung des Finanzministers mit Wirkung vom 1. Januar 1926 fast durchweg bedeutend erhöht und wie folgt, festgesetzt worden: Für 100prozentigen gereinigten Spiritus zur Herstellung reiner Schnäpse 726 Złoty je hl, zur Herstellung von Sortenschnäpsen und zur Verstärkung von Weinen uns Säften 825 Złoty, zu häuslichen und wissenschaftlichen Zwecken, zur Herstellung von Zuckerwaren und anderen Genußmitteln 813 Złoty, zur Verwendung in Apotheken, Krankenhäusern und zur Herstellung von Bleiglanzmitteln 726 Złoty, zur Herstellung von wohlriechenden Wassern, Essenzen und allen Arten kosmetischer Mittel 400 Złoty, zur Herstellung von synthetischen Heilmitteln und Glycerinseifen 110 Złoty, für die Essigfabrikation 65 Złoty, für ungereinigten Spiritus zur Herstellung von Kunstseide 43 Złoty, zur Herstellung von Lack, Politur und Schwefeläther 75 Złoty, für alle anderen industriellen Zwecke 110Złoty; doppelt gereinigter und filtrierteer Spiritus kostet 15 Złoty mehr, doppelt gereinigter und nicht filtrierter Spiritus 10 Złoty mehr als die vorgenannten Sorten. Ein Hektoliter denaturierter Spiritus (92%) kostet 55 Złoty, desgl. (95%) 57 Złoty. Der Preis für reine 45prozentige Monopolschnäpse beträgt je Liter im Großhandel 3,50 Złorty, im Kleinhandel 3,80 Złoty, für 40proz. 3,14 bzw. 3,40 Złoty. Der Selbstkostenpreis für 100proz. reinen Spiritus wird für das Jahr 1926 auf 110 Złoty je Hektoliter festgesetzt. Die staatliche Steuer, an der auch die Kommunalverbände beteiligt sind, beträgt je Hektoliter inländischen 100proz. Spiritus 550 Złoty, für Spiritus und Erzeugnisse, die aus dem Auslande oder aus Gebieten eingeführt werden, auf welche das Spiritusmonopolgesetz noch nicht ausgedehnt ist, 720 Złoty.

Die Preisliste des polnischen Tabakmonopols für Tabakerzeugnisse im Kleinhandel erfährt, laut „Dziennik Ustaw“ Nr. 129, mit dem 31. Dezember 1925 folgende Aenderungen: Die Preise für in ländische Zigarren bewegen sich zwischen 0,10 und 1,25 Złoty je Stück, Zigaretten 1,5—10 Groschen, Zigarettentabak 6—88 Złoty je kg, Pfeifentabak 7—30 Złoty je kg, Schnupftabak 4—6 Złoty, Kautabak 15 Złoty, Tabakextrakt 5 Złoty je kg. Die Preise für Importzigarren werden auf 1,50—3,45 Złoty je Stück, die Preise für importierten Pfeifentabak auf 10,5—15,5 Złoty je 100 Gramm festgesetzt. Die Abgabe an das Tabakmonopol für grob geschnittenen Pfeifentabak sowie für Tabak in Bündeln und Rollen, der von Privatpersonen vaus dem Auslande eingeführt wird, erfährt eine Erhöhung von 18 auf 55 Złoty je kg netto. Nach einer weiteren Verordnung vom 23. Dezember 1925 wird der Rabatt beim Verkauf von Tabakerzeugnissen, die von Großhändlern aus staatlichen Magazinen oder Tabakfabriken bezogen werden, die sich im Orte ihres Verkaufslagers befinden, auf 3,5 Prozent des Tarifpreises, für Tabakerzeugnisse., die aus staatlichen Magazinen und Tabakfabriken, die sich außerhalb des Ortes des Verkaufslagers befinden, auf 4 Prozent, für Detailisten auf 9 Prozent des Tarifpreises festgesetzt. Diese Verordnung ist am 1. Januar 1926 in Kraft getreten. Zu den obigen Preiserhöhungen, die wir schon vor einigenTagen angekündigt und kritisiert hatten, bemerkt sogar die offiziöse „Agencja Wschodnia“, daß die Erhöhung umsomehr ungerechtfertigt sei, als das Tabakmonopol große Vorräte an Rohtabak bei einem Diollarkurse von weniger als 6 Złoty gemacht habe. Im übrigen stehe diese Maßnahme auch im Widerspruch zu dem Bestreben der polnischen Regierung, die immer weiter um sich greifende Teuerungswelle einzudämmen. — Man muß sogar noch hinzufügen, daß der polnische Finanzminister, der doch gleichzeitig auch oberster Chef aller Monopolverwaltungen, also auch des Tabakmonopols ist, sich hier selbst widerspricht und der freien Wirtschaft, die er hinsichtlich der Preisgestaltung mit Zwangsmaßnahmen bedroht, ein schlechtes Beispiel gibt.

Der polnische Tarif für Konsulargebühren vom 19. Mai 1925 wird auf Grund einer im „Dziennik Ustaw“ Nr. 129 veröffentlichten Verordnung des Außenministeriums abgeändert, und zwar wird für Ausländer die Gebühr für die Ausstellung eines Passes bzw. für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer eines Passes für die Zeit über 6 Monate bis zu 1 Jahr auf 30 Złoty, für die Dauer von über 3 bis 6 Monaten auf 20 Złoty und für die Dauer von 3 Monaten auf 15 Złoty festgesetzt. Die neuen Sätze treten in den europäischen Ländern am 6. Januar, in den außereuropäischen Ländern am 20. Januar 1926 in Kraft.

Großer Holzverkauf aus staatlichen Forsten. Die Danziger Firma Jewelowski hat in der staatlichen Oberförsterei Wilna 90 000 Meter Holz vom Schlage 1925/26 gekauft. Das Landwirtschaftsministerium hat den Vertragsentwurf ausgearbeitet und der Oberförsterei Wilna anheim gestellt, den endgültigen Vertrag mit der Firma abzuschließen.

Arbeitslose in Lodz wurden am 2. 1. d. J. 54 990 registriert, wovon 42 731 Unterstützung bezogen.

Eine Kapitalserhöhung der Bank Przemyslowy Warszawski in Warschau um 200 000 auf 500 000 Złoty durch 2000 neue Aktien steht bevor.

Zur Lage der Metallindustrie. Nach einem Beschluß des zweiten Ingenieurkongresses wird in nächster Zeit eine Konferenz einberufen werden, in der die Lage der Metallindustrie besprochen werden soll. Die Konferenz wird ihr Augenmerk besonders auf die Lage der mittleren Unternehmen richten und Wege zu ihrer Besserung zu finden suchen.

Märkte.

Getreide. Warschau, 5. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation. Kongr.-Einh.-Hafer 24—24½, Seradella 17.35, W.-Kleie 16.62½. Geschäft gering.

Lemberg, 5. Januar. Weißweizen 32—34, Rotweizen 35¼—37¼, Roggen 20—21, Braugerste 23—24, Futtergerste 18—19, Hafer 20—21½.

Danzig, 5. Januar. Weizen 13.60—14, Rotweizen 13¼ bis 13¾, Roggen 8½, Futtergerste 8—8¾, Hafer 8½—8¾, Erbsen 10—11, Viktoriaerbsen 15, R.-Kleie 5¾, W.-Kleie 6½—7¼.

Berlin, 5. Januar. Getreide- und Ölsaaten für 100 kg fr. Verladestation. Mehl und Kleie f. 100 kg loko Berlin. Pommereller und märk. Weizen 250—256, märk. und Pommereller Roggen 156, Braugerste 187—214, Winterfuttergerste 156—170, märk. Hafer 162—173, W.-Mehl 33¼—36¾, R.-Mehl 23—24¾, W.-Kleie 11.40 bis 11.60, R.-Kleie 9.75—10.25, Viktoriaerbsen 26—23, Futtererbsen 20—21, Peluschken 18—19, Feldbohnen 21—22, Wicken 21—23, blaue Lupinen 12—12½, gelbe 12—14¾, Rapskuchen 15—15¼, Leinkuchen 23.60—23.80, Kartoffelflocken 15—15..40, Roggenpreßstroh 0.70—1.25, Weizenstroh 0.70—1.15, Haferstroh 0.90—1.30, Roggenstroh gebunden und gepreßt 0.90—1.25, Roggenlangstroh 1.25—1.65, Häcksel 1.35—1.65, gew. Handelsheu 2.90 bis 3.30, gutes 3.65—4.20, Gerstenstroh 0.80—1.20, Kleeheu 4.15 bis 4.80. Tendenz beständig.

Chikago, 4. Januar. Cts. für 1 bushel. Weizen Redwinter Nr. II loko 194, Hardwinter Nr. II loko 185¾, Mai alt 180⅞, neu 182¾, Juli 156⅝, mixed 183, Roggen Nr. II 109, Mai 113¾, Juni 111¼, Mais weiß 78, gemischt Nr. II loko 81½, Mai 88⅜, Juli 90, Hafer weiß Nr. II loko 44, Mai 46⅛, Juli 46½, Gerste malting loko 69—74. Frachten nach England (in Schilling für 8 bushel): für Weizen und Roggen 7,9, Hafer 2,6. Frachten nach dem Kontinent in Dollarcents: für 100 engl. Pfund: Weizen und Roggen 12, Hafer 16.

Hamburg, 5. Januar. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg in hfl. Manitoba Weizen I 18, II 17.60, III 17.20, Baruso 78 kg 16.90, Gerste Dunaj russische 9.15, Malting Barley 8.90 bis 9.15. Tendenz für Weizen fester, für andere ruhig. Rest der Notierungen unverändert.

Metalle. Neubeuthen, 5. Januar. Rohguß Friedenshütte I 200 zł pro Tonne loko Station Neubeuthen.

Warschau, 5. Janauar. Auf Grund der Verteuerung der eingeführten Rohwaren sind verzinkte Eisenbleche im Preise erhöht worden. Die Preiserhöhung beträgt 15—20%. Notiert wurde für 100 kg für Eisen und verzinktes Blech in Bogen: 711 × 1422 × 0.5 mm 110 zł, 711 × 1422 × 0.525 mm 109 zł, 711 × 1422 × 0.55 mm 108 zł, 1000 × 2000 × 0.5 mm 110 zł, 1000 × 2000 × 0.55 mm 108 zł.

Berlin, 5. Januar. Für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sofort. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (100 kg) 133, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.18—1.19, Originalhüttenrohzink i. fr. Verkehr 0.76½—0.77½, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.66—0.67, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35 bis 2.40, dasselbe in Barren, gew. und gez. in Drahtbarren 2.40 bis 2.45, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 2.02—2.06, Silber mind. 0.900 f in Barren 95—96 Mk. für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.80—2.82 Mk. für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.25 bis 14.50 für 1 Gramm.

Kolonialwaren. Warschau, 5. Januar. In den letzten Tagen wurden in Kolonialwaren größere Umsätze getätigt, da die Preissenkung von 20—25% größeres Interesse und verstärkte Kauflust hervorrief. Notiert wurde für 1 kg fr. Waggon Warschau: Zimmt Cassia Lignea in Kisten 4.60, in Ballen 4.20, Cassia Vera prima 4.40, Kristall-Tahiti-Vanil'e 160 zł, Eleme-Rosinen in Säcken, zu 25 kg 2.85 zł, in Kisten zu 13 kg 3.10 zł, schwarze in Säcken zu 50 kg 2.85 zł, in Kisten zu 30 kg 2.50 zł, weißer Pfeffer Muntok 11½ zł, schwarzer Pfeffer Lampong 9 zł, Rohkaffee Guatemala 8½ zł, Maragogype I 12½, II 8½, Santo Superior 6.75, Rio Nr. VI 5.85, gebrannt Guatemala 10.15 zł, Maragogype I 15½, II 10.50 Santos 7.35, Santo Superior 8.40 zł.

Vieh und Fleisch. Warschau, 5. Januas. Für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthof. Ochsen I 0.90, II. 0.85, III. 0.76, Kälber 1.20—1.15—1.10 zł, Schweine I. 1.80—1.75 II. 1.70 zł, III. 1.65, IV. 1.60, T. 1.55—1.50, VI 1.45—1.40, VII 1.30 zł. Der Auftrieb betrug 1734 Stück.

Wilna, 5. Januar. Für 1 kg Rinder II. 0.93—1.00, Kalb II. 1.00, Schweine II 1.56, Der Auftrieb betrug 50 Pferde, 111 Rinder, 83 Schweine und 11 Schafe, 3 Ziegen, 123 Kälber. Gezahlt wurde pro Stück: Pferde 30—300 zł, Rinder 80—475 zł, Schweine 20—250 zł, Schafe 20—25, Ziegen 25, Kälber 12—35 zł.

Baumwolle. Bremen, 5. Januar. In amerikanischen Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Amerikanische Baumwolle loko 21.95 Cents für 1 lbs.

Börsen.

Der Złoty am 5. Januar 1926. Zürich: Überw. Warschau 60.00, London: Überw. Warschau 49½, Neuyork: Überw. Warschau 12½, Wien: Złoty 86.75—85.77, Überw. Warschau 87½, Prag: Złoty 416—419, Überw. Warschau 427—433, Budapest: Złoty 9200—9800, Tschernowitz: Überw. Warschau 26.20, Bukarest: Überw. Warschau 26.60.

1 Gramm Feingold für den 6. und 7. Januar 1926 wurde auf 5.4001 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 3 vom 5. 1. 1926.) (1 Goldzloty gleich 1.5677 zł.)

Posener Börse.

	7. 1.	5. 1.		7. 1.	5. 1.
4 Pos. Pfdbr. alt	—	—	Hartw. Kant. I.-II.	—	—
6 listy zbożowe	4.50	4.80	Herzf. Vikt I.-III.	—	—
		4.60	Hurtown. Skór I.-IV.	—	—
8 dolar. listy	2.50	2.35	Juno I.-III.	—	—
	2.55	2.30	Lubań I.-IV.	60.00	—
5 Poż. konwers.	—	0.27	Dr. R. May I.-V.	—	19.50
10 Poż. kolejowa	—	—			19.00
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—	—	Mł. i Tart. Wągr. I.-II.	5.00	—
Bk. Przemysł. I.-II.	1.30	—	Młyn Pozn. I-IV.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Młyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Płótno I.-III.	—	0.07
Arkona I.-V.	0.90	—	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Barcikowski I.-VII	1.00	1.00	Sp. Drzewna I. VII.	—	—
Brow. Krotosz I.-V.	—	—	Sp. Stolarska I.-III.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	—	—
Cegielski I.-IX	6.00	—	Tri I.-III.	—	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	—	Unja I.-III.	4.00	4.00
Centr. Skór I.-V.	—	—	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	—
			Wisła, Bydg. I.-III.	—	—
Dębieńko I.-V.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI	—	—
Goplana I.-III.	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	1.00
C. Hartwig I.-VII.	—	—			

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	7. 1.	5. 1.		7. 1.	5. 1.
Amsterdam	—	—	Paris	31.40	30.92
Berlin*)	194.00	194.00	Prag	—	24.91
Helsingfors	—	—	Stockholm	—	—
London	39.64	39.57	Wien	115.08	115.16
Neuyork	8.15	8.17	Zürich	157.95	158.05

*) über London errechnet.

Effekten:	7. 1.	5. 1.		7. 1.	5. 1.
6% P. P. Konwers.	100	—	Nobel III.—V.	1.42	1.40
5% "	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	0.57	0.55
6% Poż. Dolar	64.75	64.75	Modrzejow. I.—VII.	2.35	2.25
10% Poż. Kolej. S. I.	118	110	Ostrowieckie I.-VII.	4.70	4.55
Bank Dysk. I.—VII	5.70	—	Starachow. I.—VIII	0.95	0.97
B. Handl. W. XI.-XII	2.00	2.00	Zieleniewski I.-V.	—	—
B. Zachodni I.-VI.	1.00	1.00	Zyrardów	7.10	7.20
Chodorów I.-VII.	5.15	5.00	Borkowski I.-VIII.	0.68	0.65
W. T. F Cukru	1.75	1.60	Haberbusch i Sch.	5.45	5.25
Kop. Węgli I.-III.	1.50	1.50	Majewski	—	—

Tendenz im allgemeinen fester. Geschäft lebhaft.

Danziger Börse.

Devisen:	7. 1. Geld	5. 1. Geld		7. 1. Geld	7. 1. Brief	5. 1. Geld	5. 1. Brief
London	—	25.19	Berlin	123.695	123.955	123.620	123.930
Neuyork	5.2065	—	Warschau	63.92	64.08	63.67	63.83
Noten:							
London	25.205	25.21	Berlin	123.695	123.955	123.645	123.955
Neuyork	—	—	Polen	63.92	64.08	63.92	64.08

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	7. 1.	5. 1.	Devisen (Geldk.)	7. 1.	5. 1.
London	20.351	20.351	Kopenhagen	103.90	103.72
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	85.21	85.27
Rio de Janeiro	0.625	0.627	Paris	16.145	15.92
Amsterdam	168.64	168.79	Prag	12.413	12.413
Brüssel	19.03	19.035	Schweiz	81.075	81.10
Danzig	80.68	80.68	Bulgarien	2.995	2.995
Helsingfors	10.545	10.545	Stockholm	112.41	112.41
Italien	16.945	16.925	Budapest	5.875	5.875
Jugoslawien	7.435	7.435	Wien	59.13	59.09

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	7. 1.	5. 1.		7. 1.	5. 1.
Harp. Bgb.	* 91⅞	* 85¾	Görl. Wagg.	18½	18¼
Kattw. Bgb.	7⅜	7½	Rheinmet.	—	—
Laurahütte	—	—	Kahlbaum	79	79
Obschl. Eisenb.	* 37¼	* 36¼	Schulth. Pt.	108	—
Obschl. Ind	* 37¼	* 36⅜	Dtsch. Petr.	49	45½
Dtsch. Kali	19⅜	18 1	Hapag	* 94½	* 93¼
Höchst. Farbw	108¼	105	Dtsch. Bk.	* 105⅜	* 104½
A. E. G.	* 87¾	* 84¾	Disc. Com.	* 107½	* 103

Tendenz: steigend.

Ostdevisen. Berlin, 7. Januar, 1[30] nachm. **Auszahlung** Warschau 51.07—51.33, Große Polen 50.74—51.26, Kleine Polen 50.74—51.26.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 7. Januar, mittags 12[30] Uhr. Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung auf die Meldung von der geplanten Gründung eines amerikanischen Unternehmens, das sich mit dem Erwerb, dem Ankauf und der Auflegung aller deutschen Werte beschäftigen will, an dem angeblich das Hamburger Bankhaus Warburg, die Darmstädter Nationalbank und die Kölner Bankfirmen A. Levi und Oppenheimer nunmehr beteiligt sind. Montanwerte 2 bis 3 % höher. Auch andere Industriepapiere in gleichem Umfange steigend. Schubert u. Salzer 6 % höher.

Dollarparitäten am 7. Januar in Warschau 8.15 zł, Danzig 8.12 zł, Berlin 8.20 zł.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.



Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A.
Wolnica.
Freitag, nachm. 4¼ Uhr.
Sonnabend, morgens 7¾ Uhr.
Sonnabend, vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündung (Schebat) und Predigt.
Sonnabend, nachm. 4¼ Uhr mit Schrifterklärung.
Sabbathausgang 4 Uhr 55 Min.
Werktagsandacht: morgens 7¼ Uhr, mit anschl. Lehrvortrag. nachm. 4¼ Uhr.
Donnerstag, nachm. 4 Uhr, Jom Kippur Koton.
Synagoge B.
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Sonnabend, nachm. 3¾ Uhr Mincha.

